

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 281 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 6/2018 VOM 8. JUNI 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Widerstände gegen neue Eberswalder Hauptsatzung** 8/9 | **Für einen erfolgreichen Weg zum Wassertourismus** 14 | **Weidners Witze und Würste**  
Beschlußfassung wurde verschoben Erklärung zum Finowkanal Geschichten von Dr. Steffen Peltsch

## »Du bist ein Supertyp!«



Foto: Jürgen Gramzow

Ein Blick auf das FinE-Fest am 2. Juni zwischen HNE und Stadtkirche von Jürgen Gramzow.

Schon in der Brunnenstraße bemerkte man den stärkeren Verkehr. Und die vielen Spaziergänger, Familien in der besten Sommerkleidung, die bei sommerlicher Hitze das Großereignis des Eberswalder Kulturkalenders auf keinen Fall verpassen wollten. Der Weg im Weidendamm-Park bildete eine gut besuchte Flaniermeile im grünen Herzen der Waldstadt, von wo man aus zu Fuß zum Forstbotanischen Garten, zum Waldcampus oder sogar zum Zoo spazieren konnte. Aber laufen mußte der Besucher nicht unbedingt: es gab einen Bus-Shuttle.

Der Hof des Stadtcampus der HNE quoll über vor Publikum und ein erster Bratwurstgeruch erreichte die Sinneszellen. Rund um das Paul-Wunderlich-Haus waren die Straßen abgesperrt, um den vielen Markt- und Imbißständen in der Friedrich-Ebert-Straße die nötige Wettbewerbsfreiheit zu garantieren. Im Hof des wundervollen Hauses erschollen die Kinderstimmen des Chorensembles »Marzahner Promenadenmischung«, die mit selbstbewußten Texten die Zuhörer aller Altersklassen aufmunterten: »Du bist ein Supertyp!« sangen sie weithin hörbar. Auch wenn du Segelohren hast und einen Leberfleck. Du bist trotzdem ein Supertyp!

Ein ebensolcher praktizierte als Pantomime auf dem Marktplatz: JOHNman, der CANDYman. In roter Uniform, mit Sonnenbrille und gezielten steifen Bewegungen zauberte er mit musikalischer Begleitung unter ebenso rotkarierten Stoffrollen etliche Bonbondosen hervor. Weiter oberhalb, an der Kirche, erklang Musik, zu der sich großgewachsene junge Damen aus Thüringen zu einer mit Blumen geschmückten Mode präsentierten. Das war eine ideale Sommerinspiration für die Damen, besonders für jene, die sich auf den wichtigsten Tag in ihrem Leben vorbereiten wollten.

Die Maria-Magdalenen-Kirche hütete ein älteres Paar, jedenfalls hätten sie eins sein können. Der Mann hielt einen Korb, in den nun eine 2-Euro-Münze kullerte. Das war das Passiergeld für den Aufstieg in den Turm. Dort oben wollte man mal unbedingt hin! Ein äußerst enger und steiler Backsteinwendelgang mußte nun erklommen werden, und immer fragte sich der Aussichtsuchende: »Was ist, wenn nun einer hier hinunterwill?« Da gab es keinen Millimeter Platz.

Doch nach kurzer Zeit war das Zwischendeck erreicht, welches das Refugium der Tauben und Falken ist. Nun ging es auf hölzernen Treppen hinauf, an den tonnenschweren Glocken vorbei, bis hinauf zu den jeweils an vier Ecken des Turmes befindlichen Aussichtsplattformen. Beeindruckend! Die Altstadt mal von oben zu sehen, war diesen Kraftakt allemal wert. Im Backstein verewigte sich ein gewisser A.W. im Jahre 1895 auf der Südostecke. Auch ein gewisser E.H. war schon einmal hoch oben auf dem Turm. Ich verzichtete großzügig auf die Anbringung meiner Initialen. Hinunter ging es die steilen Holztreppen und dann, gottseidank, an einer anderen Stelle den Wendelgang hinab. Die Treppeinstufen waren nun breiter und mit Holzbrettern befestigt, für einen sichereren Gang. Hinunter ist immer kritischer als hinauf. Das bestätigte auch ein junger Assistenzarzt aus dem Gropiuskrankenhaus, der das FinE-Fest für die Turmbesteigung nutzte. Die Knie waren noch zwei Stunden danach ganz weich.

Die beschatteten Café-Plätze des »Gustav« und des »Venezia« waren gut gefüllt. An vorderster Front saßen die Größen der Stadtverordnetenversammlung, um alles gut im Blick zu haben und auch stets im Bilde zu sein. Das Eiscafé empfahl dem Festbesucher eine Kugel MANGO, und mit dieser ging es durch den Hof des Paul-Wunderlich-Hauses, vorbei an einer bestrickenden Aktion der Pantomime Selina Senti, die als Elfriede Peil entsprechend omahaft gekleidet den Kulturamtsleiter Stefan Neubacher einen meterlangen roten Schal stricken ließ, eine Aufgabe, die der Hauptorganisator dieses Stadtfestes mit Freuden annahm.

Das Mango-Eis war vertilgt. Das Fahrrad stand zur Abfahrt Richtung Schwappachweg bereit und auch eine Schulklasse von außerhalb mußte wohl oder übel die Heimfahrt mit dem Charterbus antreten. Halt, waren das nicht die Promenadenkinder aus Marzahn? »Du bist ein Supertyp« sangen sie.

Den schwierigsten Job des Tages hatte wohl das neue Erklärmonster der Märkischen Oderzeitung. Im Zeltstand vor der Fielmann-Filiale war »Kruschel« bei schwülwarmen Temperaturen in ein dickes Kostüm gekleidet. Nur der Kopf eines jungen Mannes schaute heraus und erklärte lächelnd: »Ach, alles halb so wild ...«

## Landkreis ohne Landrat

Mit 18,7 % Wahlbeteiligung gab es bei der Stichwahl am 6. Mai das erwartete Ergebnis. Zum zweitenmal in Folge scheiterte die Direktwahl des Barnimer Landrates.

Nun schreien die einen danach, die Wahl doch grundsätzlich wieder dem Kreistag zu überlassen, andere schieben das Debakel auf das 15-Prozent-Quorum. Auf die grundlegenden Mängel schaut keiner.

Wie kann es sein, daß eine Person 28 Jahre lang den Kleinfürsten spielen darf? Zuletzt bloß noch durch Losentscheid „legitimiert“. Alle machten weiter, wie gehabt. Willkürliches Machtgehabe einer intransparenten Kreisverwaltung, gestützt auf interne Absprachen von ebenso intransparent agierenden Partei- und Fraktionsspitzen der Mehrheitsparteien (was zeitweise in einer GaGroKo kulminierte), prägten das politische Erscheinungsbild des Landkreises. Und nun sollen die Wählerinnen und Wähler – bzw. die Nichtwählerinnen und Nichtwähler – schuld sein?

Nicht die Direktwahl oder das Quorum sind in Frage gestellt, sondern die Konstruktion der Landkreise an sich. Die Landkreisverwaltungen sind durch einen inneren Widerspruch bestimmt. Als strukturelle Zwitterwesen sind sie einerseits untere Landesbehörde – damit per Gesetz zur hoheitlichen Obrigkeit erhoben – andererseits eine über den Gemeinden thronende kommunale Gebietskörperschaft mit eigener kommunaler Volksvertretung, die aber allein wegen der territorialen Größe der Kreise kaum noch über Bindungen zu ihrer Wählerschaft verfügt.

Die Landkreise als politische Verwaltungen gehören abgeschafft! Die kommunalen Aufgaben können die Gemeinden komplett selber übernehmen, die im Bedarfsfall Zweckverbände oder Konföderationen bilden können.

Im ersten Schritt sollte die für die Direktwahl von Ortsteilvertretungen geltende Regelung auf den Landrat angewendet werden. Nach zwei gescheiterten Direktwahlen erhalten die Landkreise automatisch den Status von „Landkreisen ohne Landrat“ und die Aufgabe, unverzüglich die strukturelle Trennung von Landes- und kommunalen Aufgaben zu organisieren. Das wäre endlich mal eine Kommunalreform, die Sinn macht.

In diesem Zuge sollte auch die unsägliche Abtrennung der Wahlperioden hauptamtlich gewählter Bürgermeister bzw. Landräte von den Perioden der Volksvertretungen zurückgenommen werden. Eine achtjährige Wahlperiode ist nicht nur viel zu lang, sondern verleiht den Amtsinhabern zugleich eine abgehobene Position gegenüber den normalen Volksvertretern. Eine gemeinsame Wahl von Volksvertretung und Einzelamt würde ganz nebenbei auch das Problem der Wahlbeteiligung entschärfen. Auch eine Beschränkung der Wählbarkeit in Einzelämtern auf zwei Wahlperioden würde der kommunalen Demokratie gut tun.

GERD MARKMANN

## Wir sind dann mal weg

antifaschistische initiative eberswalde (afie) verabschiedet sich von der HNEE

Für uns, die antifaschistische Initiative, macht es nach einer längeren Diskussion mit der Hochschulleitung keinen Sinn mehr, weiter als Studierendengruppe zu arbeiten. Folgende Ereignisse haben dazu geführt, daß wir unsere Arbeit als Hochschulgruppe beenden:

Diesen März wurde die Demo vor dem Grundsicherungsamt mit dem Verweis auf Datenschutzbedenken und der Tatsache, daß dies eine politische Einflußnahme von Hochschulgruppen in die Gesellschaft hinein sein könnte, wieder als Anlaß genommen, den Status als Hochschulgruppe zu entziehen.

Im Dezember 2017 wurde bei einer Veranstaltung zu AFD im Bundestag mit dem Verweis auf die vermeintlich politische Neutralität der Hochschule das Bewerben der Veranstaltung solange verhindert, bis eine Veränderung des Titels durchgesetzt wurde.

Im Juli 2017 wurde aufgrund einer vermeintlich unausgeglichene Diskussionsrunde zum Film Deportation Class das Bewerben der Veranstaltung behindert und mit dem Entzug des Zugangs zum Hochschulverteiler gedroht.

Im April 2017 wurde ein Demotraining erworben, was der Hochschulleitung zu gewaltvoll erschien und diese darauf den Status als Hochschulgruppe vorläufig nicht verlängerte.

Wir haben uns als Reaktion darauf entschlossen, nicht länger Teil der Hochschule zu sein. Die Einflußnahme und Gängelung durch die Hochschulleitung mündet zwangsweise in einer Haltungslosigkeit, die den Titel einer weltoffenen Hochschule eher peinlich werden läßt. Anstatt des Zwangs zu Konformismus und Schönfärberei fordern wir auf, Mißstände zu benennen und sich zu solidarisieren mit Diskriminierten in der Gesellschaft.

Wir verabschieden uns bei den Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Studierenden und danken allen für das Interesse an unserer Arbeit. Anstatt also weiter eine Werbefläche der Hochschule darzustellen, wenden wir uns lieber anderen Dingen zu und möchten anregen, darüber nachzudenken, was emanzipatorische Hochschulpolitik bedeuten kann.

Wir sehen uns wieder.

antifaschistische initiative eberswalde

## Pressefest der kleinen Zeitungen

**Bernau (dl).** Zum Pressefest der kleinen Zeitungen laden die Barnimer LINKEN und die Buchhandlung »Schatzinsel« am Samstag, den 16. Juni, rund um das Steintor in Bernau ein. Es wird ein vielseitiges Angebot aus Politik, Kultur und Sport geben.

Auf der Bühne werden von 10 bis 16.30 Uhr interessante politische Gesprächspartner durch Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Linksfraktion in Bernau, interviewt. Mit dabei: Bernaus Bürgermeister André Stahl, die Landrätin in Teltow-Fläming Kornelia Wehlan (beide DIE LINKE), Anja Mayer, Landesvorsitzende der Brandenburger LINKEN, Holger Lampe, Vorsitzender des Barnimer Bauernverbandes und Dr. Anja Guttenberger für den Verein »Baudenkmal bundesschule«, der sich lange für die Anerkennung des Bauhausdenkmals in

Bernau als Weltkulturerbe eingesetzt hat. Dazu gibt es interkulturelle Musik mit Trommler Mark Kofi Asamoah und den Auftritt der Gruppe »Rumpelstolz«, die ihre Musik als »deutschsprachige Folklore« bezeichnen, »einfach deshalb, weil der eigentlich richtige Begriff 'Volksmusik' durch eine andere Musiksparte belegt ist.«

Von 11 - 12 Uhr startet der nun schon traditionelle Spendenlauf zu Gunsten des Vereins »Eltern helfen Eltern Bernau e.V.« sowie für Barnimer Sportvereine; 9 Euro erhält jeder Sportverein je Starter, gemeinsam spendet von Dagmar Enkelmann und den beiden Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Ralf Christoffers. Anmeldungen sind ab sofort über die Homepage [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de) möglich. Nachmeldungen werden am Tag selbst bis 10.30 Uhr angenommen. Von 10 - 17 Uhr gibt es im Anbau der Stadthalle wieder eine Ausstellung, in diesem Jahr zu »Tamara Bunke«.

Den ganzen Tag über wird es Infos über kleine Zeitungen der LINKEN und Infostände geben. Kinder können sich an Spielen wie Stellenlauf, Springseilhüpfen und Schach ausprobieren. Die »Seifenblasenfabrik« Berlin sorgt für Entspannung bei Alt und Jung. Natürlich gibt es Kulinarisches vom Grill, Kaffee und Kuchen.

Stilvoll abgeschlossen wird der Abend um 19 Uhr in der Stadthalle mit einer Lesung, in der Landolf Scherzer sein jüngstes Buch »Buenos dias, Kuba. Reise durch ein Land im Umbruch.« vorstellt. Veranstaltet wird die Lesung von der Buchhandlung »Schatzinsel«. Dort hat auch der Kartenvorverkauf begonnen. Der Eintritt beträgt 5 Euro, Tel.: 03338-761991.

### Protest gegen US-Panzer

**Brück (bbp).** Dieser Tage rollen wieder US-amerikanische Truppentransporte durch Brandenburg in Richtung Osten. Die Brandenburger Linke hatte aus diesem Anlaß zu einer Protestaktion vor der Fläming-Kaserne in Brück aufgerufen. Dort machte ein Teil der US-Truppe vom 28. zum 29. Mai Zwischenstation. »Wir wollen diesen Truppenverlegungen unseren deutlichen Protest entgegensetzen«, sagte der Linken-Landesgeschäftsführer Stefan Wollenberg. »Die Truppenverlagerung in einem solchen Ausmaß ist Teil immer weiterer Aufrüstung und Provokationen und wird durch DIE LINKE.Brandenburg klar abgelehnt. Wir wenden uns gegen eine Politik der Eskalation und Drohgebärden – für ein friedliches Europa!«



## Straßenunterhaltung chronisch unterfinanziert

B167neu kostet die Stadt 440.000 Euro pro Jahr

**Eberswalde (bbp).** Die sogenannte Ortsumgehung B167neu soll den Verkehr in Eberswalde entlasten. Bezahlt wird die neue Schnellstraße aus Bundesmitteln. Aber auch die Stadt Eberswalde hat infolge der neuen Straße Kosten zu tragen. Wie die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner jüngst auf die entsprechende Anfrage eines Einwohners mitteilte, kommen auf die Stadt jährlich Kosten von 440.000 Euro zu. Dabei handelt es sich um die zusätzlichen Straßenunterhaltungsmittel für knapp 20 Kilometer bisherige Bundes- und Landesstraßen, die gemäß einer 2009 abgeschlossenen Umstufungsvereinbarung nach Fertigstellung der neuen Bundesstraße zu Gemeindestraßen umgestuft werden.

Die Baudezernentin betont ausdrücklich, daß es sich hier um theoretische Werte handelt, berechnet aus den pauschal angesetzten Baukosten von 1 Million Euro für 2spurige und 1,5 Millionen Euro für 4spurige Straßen, für die Unterhaltskosten von jährlich 2 % berechnet werden. Derzeit habe die Stadt Gemeindestraßen von ca. 150 Kilometern Länge, deren Herstellungskosten mit 210 Millionen Euro angesetzt würden. Bei 2 % jährlichen Unterhaltungskosten müßten jährlich 4,2 Millionen Euro für die Straßenunterhaltung zur Verfügung stehen. Tatsächlich sind im Haushaltsplan der Stadt jedoch jährlich nur ca. 400.000 Euro für die Straßenunterhaltung inklusive Geh- und Radwege vorgesehen.

## Initiativen fordern sicherere Radwege

**Eberswalde/Stralsund (bbp).** »Die innerstädtischen Radwegenetze in Eberswalde sind alles andere als optimal«, sagt Dr. Ulrich Pofahl von der Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE. Darin unterscheide sich Eberswalde nicht viel von anderen vergleichbaren Städten in der BRD. »Allerdings tut die Stadtverwaltung gerne so, als wäre sie radfahrerfreundlich«, so Dr. Pofahl. Ein Beispiel sei das Radnutzungskonzept von 2015, auf das gerne verwiesen wird. »Von den dort rund 130 aufgelisteten Maßnahmen machen sehr viele Sinn. Das Konzept wird aber einerseits durch die darin festgelegten Prioritäten (Radschnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen) und andererseits durch die mangelnde Finanzierung konterkariert.«

Mit der Markierung von Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße, wodurch auf der vielbefahrenen Hauptverkehrsader der Stadt für den übrigen Verkehr nur noch ein Fahrstreifen je Richtung übrigblieb, wurden die Mängel des Radnutzungskonzepts sichtbar. »Durch diese Verkehrsregelung wird den Radfahrern die volle Breite der ursprünglichen rechten Fahrspur weggenommen«, sagt Dr. Pofahl. »Das Fahrrad ist ein Balancefahrzeug. Durch die nun schmalere Radspur fahren die Laster in einem viel engeren Abstand vorbei.«

Viele Radfahrer weigern sich daher, den sogenannten Radschutzstreifen zu benutzen, aus Angst davor, von Schwerlastern überrollt zu werden oder mit aufklappenden Türen parkender Autos zu kollidieren. Natürlich gibt es auch sportliche Radfahrer, die das Risiko nicht scheuen. Aber diese sind in der Minderheit. Die Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE fordert deshalb einen Rücknahme dieser sowohl die Radfahrer als auch den übrigen Verkehr gefährdenden Maßnahme. Dies sei die Voraussetzung, um in der Heegermühler Straße vernünftige Radwegelösungen zu schaffen. Das von der Bürgerinitiative initiierte Bürgerbegehren soll nach den Sommerferien eingereicht werden.

Bundesweit setze sich die Erkenntnis durch, daß Radweginfrastruktur so gebaut sein muß, »daß ein zehnjähriges Kind dort gefahrlos fahren kann«, erläutert Dr. Pofahl. »Dies bedeutet vor allem eine physische Trennung der Radwege vom Rest der Fahrbahn.«

Daß sich auf den Fahrradschutzstreifen, wie sie derzeit auf vielen Straßen zum Einsatz kommen, viele Radler unwohl fühlen, bestätigt auch Reinhard Klette von der in Gründung befindlichen Initiative PRO RAD STRALSUND. Gerade Kinder und Senioren fühlten sich auf ihnen nicht ausreichend geschützt. Wenn der Streifen dann noch dicht an parkenden Autos vorbeiführt, bemerkt auch er, werde das Problem noch verstärkt. In der Folge würden viele Radfahrer auf die Gehwege ausweichen. »Der finanzielle und der politische Wille für die Radinfrastruktur fehlt«, meint Klette. Seine Initiative will die Infrastruktur und das Bewußtsein aller Verkehrsteilnehmer verbessern. Dazu soll ein breites Bündnis zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern entstehen, angedacht ist zudem eine Fahrraddemo und ein Bürgerbegehren, sagt Klette.

»Immer wieder ein Ärgernis für Radfahrer sind unzureichende Überholabstände zwischen Rad und Auto«, erklärt Volker Schulz vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC). Sein Verein fordert ebenfalls baulich getrennte Fahrradspuren.

»Gerade Eberswalde verfügt über zahlreiche Möglichkeiten der Förderung des Fahrradverkehrs, ohne zugleich den Verkehrsfluß auf der einzigen West-Ost-Magistrale der Stadt zu behindern«, sagt Dr. Pofahl von der Eberswalder Bürgerinitiative. »Die möglichen parallelen Wege abseits der Hauptstraße sind sichere Wege für den Radverkehr. Allerdings muß die Stadt für den Ausbau dieser Wege auch das nötige Geld bereitstellen. Unser Vorschlag vom Dezember 2017, im Haushalt jährlich 250.000 Euro für Radwege einzustellen, blieb leider sowohl von der Verwaltung als auch von den Stadtverordneten ungehört.«

## Radfahrfreundliches Brandenburg: Mit »weißen Flecken«

**Eberswalde (bbp).** »Fast die Hälfte der deutschen Urlauber assoziieren Brandenburg mit dem Begriff ‚radlerfreundlich‘«, sagt die Vorsitzende des Landestourismusverbandes Brandenburg Britta Stark. »Mehr als ein Viertel aller Brandenburg-Urlauber nutzt das Rad – das sind doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Und nirgendwo sonst in Deutschland sind so viele Tagesausflügler mit dem Rad unterwegs«. Das Land hat 28 touristische Radfernwege sowie mehr als 20 Regionale Radrouten und damit ein Radfernwegennetz von über 7.000 Kilometern Länge.

Auch durch den Landkreis Barnim führen mehrere solcher Radfernwege. Die Stadt Eberswalde wird davon allerdings nicht berührt. Die Stadt hat ein eigenes Wirtschafts- und Tourismusamt, das hier nur wenig ausrichten konnte. Nicht zuletzt gab es in dem Amt wegen mangelnder personeller Kontinuität immer wieder konzeptionelle Neuanfänge.

Die im Radwegenutzungskonzept von 2015 vorgeschlagenen Maßnahmen könnten den Mängeln im Eberswalder Radwegeangebot durchaus abhelfen. Allerdings fehlen die entsprechenden Finanzen im Eberswalder Haushaltsplan. Im Doppelhaushalt 2017/18 stehen pro Jahr lediglich 15.000 Euro an Eigenmitteln für die Radwege zur Verfügung. Notwendig wären mindestens 200.000 Euro.

Statt nachhaltiger Lösungen setzt das städtische Baudezernat auf schnelle und vor allem für die Stadt billige Lösungen. So werden »Radschnellverbindungen« entlang der Bundes- und Landesstraßen favorisiert, bei denen das Landesstraßenamt als Bauträger für die Finanzierung aufkommen muß, oder lediglich Radstreifen auf dem Asphalt markiert, ebenfalls mit nur geringen städtischen Kosten. Das vorhandene Potential wird in Eberswalde nur zum Bruchteil genutzt.

Jetzt setzen immer mehr Regionen der Mark auf das System des sogenannten Knotenpunkt-Radelns. Damit können sich Touristen anhand von Nummern an Wegweisern eigene Routen und Tourenlängen zusammenstellen. Da könnte sich auch die Stadt Eberswalde beteiligen, meint die Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE. An schönen Reden mangle es nicht. Wohl aber an konkreten Taten.



Warum wurde hier kein Radweg gebaut?

## Ehrenbürgerschaft

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion BÜNDNIS EBERSWALDE hat vorgeschlagen, die Hauptsatzung durch einen neuen Paragraphen »Ehrenbürgerrecht« zu ergänzen. Die Formulierung soll lauten: »(1 ) Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft ist Ausdruck der besonderen Wertschätzung der Stadt Eberswalde für Bürger, die sich durch außergewöhnliche Verdienste oder ein besonderes Engagement um das Wohl der Stadt und ihrer Bürger verdient gemacht und/oder in ihrem Wirken in Eberswalde herausragende Leistungen über die Stadtgrenzen hinaus zum Wohle der Gesellschaft vollbracht haben.

(2) Weitere Konkretisierungen und Verfahren regelt die Richtlinie (ggf. Satzung) der Stadt Eberswalde zur Begründung und Beendigung der Ehrenbürgerschaft.«

Zahlreiche Kommunen würden die Verleihung einer Ehrenbürgerschaft in ihrer Hauptsatzung regeln, betont der Fraktionsvorsitzende Viktor Jede. Oft werde auch auf eine Richtlinie oder Satzung zur Konkretisierung verwiesen. »Durch Festschreibung dieser Variante der Wertschätzung auch in der Eberswalder Hauptsatzung sollen sowohl Volksvertreter als auch Einwohner der Kommune die Möglichkeit der Verleihung, Aberkennung oder Beendigung der Ehrenbürgerschaft durch schriftlichen Antrag, der ausführlich Art und Umfang der besonderen Verdienste bzw. eine ausführliche Begründung für die Beendigung und Aberkennung enthält, enthalten.«

## »Bisherige Regelung der Ausschufbildung beibehalten«

**Eberswalde (bbp).** Die konkrete Bezeichnung der Ausschüsse schränke im Gegensatz zur ursprünglichen Fassung der Hauptsatzung die freie Entscheidungsfindung der Stadtverordneten zur Schwerpunktsetzung zu jedem gewünschten Zeitpunkt maßgeblich ein, sagt die Fraktion BÜNDNIS EBERSWALDE zur beabsichtigten Änderung der Hauptsatzung. Dies sei »un-

## Neue Hauptsatzung vertagt

*Eine Chance für die Wiedereinführung von Ortsteilvertretungen?*

**Eberswalde (bbp).** Zur Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai stand u.a. eine neue Hauptsatzung der Stadt Eberswalde auf der Tagesordnung. Im wesentlichen geht es um redaktionelle Änderungen und die Streichung von Passagen, die wortgleich in der Kommunalverfassung stehen. Eher nebenbei sollen allerdings – wie schon bei vorherigen Hauptsatzungsänderungen – auch einige demokratische Mitsprachemöglichkeiten abgebaut werden.

So soll beispielsweise die bisherige halbjährliche Pflicht des Bürgermeisters, über die Situation der städtischen Beteiligungsgesellschaften zu berichten, auf eine jährliche Berichterstattung reduziert werden. Dazu kommt die ersatzlose Abschaffung von zwei Beiräten, dem Sanierungsbeirat und dem Kinder- und Jugendparlament. Der Sanierungsbeirat war das Begleitgremium des Sanierungsgebietes in der Eberswalder Innenstadt. Bemühungen, den Beirat auch nach der Aufhebung des Sanierungsgebietes als Stadtentwicklungsbeirat fortleben zu lassen, hatten offensichtlich keinen Erfolg. Das bisherige Kinder- und Jugendparlament war vor einigen Jahren mangels Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gescheitert. Nun soll es offiziell abgeschafft werden.

Eine weitere Änderung betrifft die Bildung der Fachausschüsse. Bisher hieß es, daß die Stadtverordnetenversammlung »über die Bil-

dung von zeitweiligen und ständigen Ausschüssen, deren Bezeichnung und die Anzahl der Sitze« entscheidet. Künftig soll die Hauptsatzung konkret vier ständige Fachausschüsse vorgeben. Veränderungen wären nur durch Änderungsatzung zur Hauptsatzung möglich.

Für die Eberswalder Ortsteile soll es künftig einen eigenen Abschnitt in der Hauptsatzung geben. Allerdings werden in den neuen Paragraphen 14 und 15 lediglich die Regelungen des alten § 3 übernommen. Die Chance, mit der Hauptsatzungsänderung für die Einwohner der vier Ortsteile, die seit der Kommunalwahl 2014 keine Ortsteilvertretungen mehr haben, wieder Vertretungen einzurichten, wurde also nicht genutzt.

Mit diesen Änderungen waren nicht alle Stadtverordneten einverstanden. Die Fraktion BÜNDNIS EBERSWALDE brachte mehrere Änderungsanträge ein. Mit einer Tischvorlage zog am Sitzungstag auch noch die bündnisgrüne Fraktion nach. Die anderen Fraktionen zeigten sich überrascht, daß die neue Hauptsatzung überhaupt auf die Tagesordnung kam, hatte der Bürgermeister doch zuvor eine Beschlussfassung erst im Juni angekündigt.

Deshalb und angesichts der vorliegenden Änderungswünsche einigten sich die Stadtverordneten, die Vorlage für die neue Hauptsatzung auf den September 2018 zu verschieben.

demokratisch und jeglichen Bestrebungen aktueller, innovativer Erneuerung hinderlich«. Sie fordert daher, die bisherige Regelung beizubehalten.

Die Fraktion erinnert an die 2016 erfolgte Zusammenlegung der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport und für Kultur, Soziales und Integration. Dem damaligen Antrag der Linksfraktion fehlte eine sachbezogene Begründung. »Damit wurden bewußt Handlungsspielräume und demokratische Mitwirkungs-, Einflußnahme-, Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse maßgeblich eingeschränkt. Die damalige Argumentation des Bürgermeisters, daß die Verwaltung ohne Belastung durch die Ausschüsse effizienter arbeiten könnte, belegt dies und hätte schon zum damaligen Zeitpunkt hinterfragt werden müssen.« Der Vorsitzende der Linksfraktion Jürgen Wolff begründete in der Parteizeitung »Offene Worte« im Februar 2017 »den Antrag seiner Fraktion zur Ausschufzusammenlegung wie folgt: 'So waren die Tagesordnungen beider Ausschüsse regelmäßig so kurz, daß sie trotz Anwohnersprechstunden und ausgedehnter Information aus der Stadtverwaltung in ihrer Dauer unter einer Stunde blieben'. Die Barnimer Bürgerpost recherchierte: 'Tatsächlich dauerten drei von sechs der von Wolff geleiteten Sitzungen...nur eine Stunde' (BBP 3/2017). Alle anderen Sitzungszeiten waren vom Zeitaufwand her wesentlich umfangreicher. Das Vortäuschen falscher Tatsachen blieb mit dem damaligen Be-

schlußantrag zur Ausschufzusammenlegung seitens vieler Stadtverordneter unbeachtet und kritisch. In einer Ausgabe der Barnimer Bürgerpost aus dem Jahre 2016 sprach dagegen der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn, damals Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, von einem neuen Mammutausschuf mit deutlich geringerer Qualität der inhaltlichen Beratungen (BBP 9/2016). Der in der neuen Fassung der Hauptsatzung weiterhin aufgeführte Ausschuf für Soziales, Bildung, Kultur und Sport hat sich in der neuen Form und der Vielfalt der Sachgebiete so nicht bewährt. Übervolle Tagesordnungen, zeitaufwendige Berichterstattungen und Präsentationen, laufender Zeitdruck und Ermahnungen, sich kurz zu fassen, haben verhindert, Sachverhalte in befriedigender Weise auszudiskutieren. Mammut Sitzungen und Qualitätsverlust, wie sie im Artikel der MOZ vom 10.11.2016 'Einzelne Abstimmung gefordert' befürchtet wurden (letzte Sitzung am 11.04.2018 ca. vier Stunden), sind nun unbefriedigende Realität geworden. Die Zusammenlegung der o.g. Ausschüsse im Jahre 2016 war ein enormer Rückschritt in der demokratischen Mitwirkung der Volksvertreter und nicht im Interesse einer transparenten, bürgerfreundlichen Kommunalpolitik.«

Jetzt bestünde die Chance, so die Fraktion, diese negative, undemokratische Entwicklung durch konstruktive Überlegungen zur Neustrukturierung der Ausschüsse zu beenden.





Deutsches Kinderhilfswerk:

## **Kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken**

Das Deutsche Kinderhilfswerk sprach sich anlässlich der Landtagsanhörung zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg am 17. Mai für eine deutliche Stärkung der kommunalen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen aus. Aus Sicht der Kinderrechtsorganisation gehen die dazu vorgelegten Gesetzentwürfe von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen in die richtige Richtung, sollten an einigen Stellen aber noch nachgebessert werden. Das gilt insbesondere für den Umfang der Beteiligungsrechte sowie der Entwicklung spezieller Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

»Die verbindliche Normierung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene ist ein wichtiger Schritt für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Brandenburg. Das Deutsche Kinderhilfswerk begrüßt die vorliegenden Gesetzentwürfe in ihrer Grundaus-

richtung ausdrücklich. Kinder und Jugendliche brauchen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

Wie das konkret vor Ort umgesetzt wird, sollte dann der Fachkompetenz der Kommune überlassen bleiben. Dabei bietet sich eine enge Zusammenarbeit beispielsweise mit der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg an, in jedem Fall müssen die Beteiligungsformen aber gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entwickelt werden«, betont Sebastian Schiller, Experte für Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes. »Kinder erhalten häufig nicht die Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun, so daß ihre Perspektive keine Beachtung findet. Das Beteiligungsrecht ist eng mit dem Kindeswohl verbunden, da es der Feststellung der kindlichen Interessen dient. Es geht darum, gerade die besonderen Ansichten von Kindern zu berücksichtigen, die sich von denen der Erwachsenen unterscheiden.«

Beteiligung fördert Resilienz, Selbstbewußtsein und Selbstwirksamkeit, stärkt somit alle Kinder und Jugendlichen und insbesondere auch sozial benachteiligte Kinder, denn Beteiligung hilft auf die längere Sicht dabei, die Armutsvererbung zu durchbrechen. Zudem vergrößert die Beteiligungserfahrung als Kind und Jugendlicher die Wahrscheinlichkeit, sich auch als Erwachsener kommunal zu engagieren. Durch Beteiligung wird Kinder- und Jugendarbeit paßgenauer und bedürfnisgerechter. Die Erfahrung zeigt, daß Spielplätze und Jugendzentren, die beteiligungsorientiert errichtet wurden bzw. arbeiten, besser angenommen werden und weniger Vandalismus ausgesetzt sind. Von Kinder- und Jugendbeteiligung profitieren also alle Seiten, und sollte deshalb verbindlich in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg festgeschrieben werden.

UWE KAMP

## **Kostenloses WLAN für Bernau**

Stadtverordnete sollen für Teilnahme am Projekt WiFi4EU stimmen

**Bernau (bvb/bbp).** Die Europäische Kommission hat das Projekt »Europaweites WLAN-Programm WiFi4EU« gestartet, im Rahmen dessen Kommunen bei der Einrichtung von WiFi-Hotspots unterstützt werden. Es richtet sich an Bürger und Besucher der EU, die in öffentlichen Räumen wie Parks, Plätzen, Verwaltungsgebäuden, Bibliotheken und Gesundheitszentren in der EU Zugang zu kostenlosem WiFi bzw. WLAN haben wollen.

Die WiFi-Hotspots können von Gemeinden und WiFi-Installationsunternehmen mithilfe eines Gutscheins der EU eingerichtet werden. Der Wert eines Gutscheins beläuft sich auf 15.000 Euro. Für die Stadt Bernau stellt dies

eine schnelle und kostengünstige Möglichkeit zur Schaffung eines öffentlichen WLAN-Netzes für die Bürger und Besucher der Stadt dar. Das Projekt WiFi4EU steigert die Attraktivität unserer Stadt und macht sie für den Tourismus noch interessanter.

Bei der seit 15. Mai laufenden Bewerbung gilt das Prinzip »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst«. Deswegen hat die Fraktion BVB/Freie Wähler eine Vorlage als Eilantrag eingereicht. »Wir gehen davon aus, daß sie in die Tagesordnung aufgenommen wird«, so der Fraktionsvorsitzende Péter Vida, »weil ein Warten bis zur darauffolgenden Sitzung die Erfolgsaussichten einer Bewerbung quasi entfallen lassen würde.«

## **Projektgruppe Pankepark stärken**

Die Bernauer Stadtfraktion BVB/Freie Wähler hat die Stärkung der Projektgruppe Pankepark beantragt. Ziel der Vorlage ist, daß die durch Stadtverordnete, Projektplaner und Bauexperten besetzte Arbeitsgemeinschaft mehr Gewicht erhält. So sollen in Zukunft Gestaltungsvorschläge unmittelbar in der Projektgruppe diskutiert und in die SVV eingebracht werden.

Das Projekt ist sehr ambitioniert – ein »Park in Bernau und für Bernau und seine Bürger«. Nichts ist naheliegender, als alle Beteiligten, vor allem die späteren Nutznießer der Anlage, miteinzubeziehen, die Interessen für nachhalti-

ge Nutzung, Erholung, Naturschutz, Bildung, Wohnen, Verkehr, Wirtschaft zu thematisieren und abzuwägen. Es geht nicht darum, partielle Interessen in den Vordergrund zu stellen, sondern tatsächlich allen Interessierten die Möglichkeit zu bieten, ernsthaft an diesem Projekt mitzuwirken.

Derzeit besteht das Problem, daß die Projektgruppe eher als Informationsempfänger planerischer Ideen der Stadtverwaltung fungiert. Ziel von BVB/Freie Wähler ist ein breiterer Diskurs mit offener Ideenfindung aller Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Deswegen sieht der Antrag auch einen regelmäßigen Sitzungsturnus vor. Auf diesem Wege soll eine nachhaltige Entwicklung an diesem verkehrlich und ökologisch sensiblen Gebiet sichergestellt werden.

TORSTEN NEITZEL, Stadtverordneter in Bernau, Mitglied der Projektgruppe Pankepark

## **Kinder- und Jugendparlament**

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion BÜNDNIS EBERSWALDE ist gegen die Streichung des »Kinder- und Jugendparlaments« in der Eberswalder Hauptsatzung, ist aber einverstanden mit einer aussagekräftigeren Neubenennung des Beirates als »Jugendbeirat«. Im Zweifelsfalle sollte die ursprüngliche Formulierung erhalten bleiben.

In der Verwaltungsvorlage zur neuen Hauptsatzung sei das Kinder- und Jugendparlament »ohne Kommentierung ersatz- und verantwortungslos gestrichen« worden. Damit werde billiger in Kauf genommen, »daß die nach Auffassung einiger Stadtverordneter unnötige, nicht sinnvolle und nicht zielführende Form der kommunalpolitischen Mitwirkung Jugendlicher endgültig beseitigt wird«. Die Fraktion ist der Auffassung, daß »in der Tat neue, innovative und moderne Ansätze kommunalpolitischer Jugendarbeit zwingend notwendig« sind, um deren demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewährleisten und nicht zu untergraben. Dies könne aber »nicht durch Verhinderung und das Sich-Zurückbegeben auf ein Anspruchsniveau, das einer effektiven kommunalen Jugendarbeit entgegensteht, sie sogar verhindert, geschehen«.

## **... noch einen Koffer in Paris**

Marlene Dietrich trifft Edith Piaf

Am Samstag, dem 16. Juni, um 20 Uhr kommen Claire Varga alias Klara Gmiter und Peter-Benjamin Eichhorn mit ihrem neuen musikalischen Programm rund um Marlene Dietrich und Edith Piaf in den Heidekrug.

Mit Witz und Leidenschaft erzählen Claire Varga alias Klara Gmiter (Gesang) und Peter-Benjamin Eichhorn (Gitarre) aus dem Leben der beiden Diven, die so unterschiedlich sind und doch enge Freundinnen waren.

GISBERT AMM

**Barnimer Bürgerpost**

**abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de  
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

## Fazit der Eberswalder Familienwoche

**Eberswalde (prest-ew).** Zufrieden zeigt sich die Organisatorin KATRIN FORSTER-KÖNIG mit der vierten Eberswalder Familienwoche, die rund um den 15. Mai 2018 stattfand. »Wir hatten viele Veranstaltungen für Familien, tolle Nachmittage in den Kitas und vor allem einen sehr fachlichen Austausch«, so die Beauftragte für Gleichstellung, Behinderung und Familien. Herzstück der Familienwoche war in diesem Jahr das offene Bündnistreffen, an dem viele interessierte Bürgerinnen und Bürger, Akteure aus der Bildungs- und Sozialarbeit und auch Unternehmer teilnahmen.

Seit 2007 gibt es das lokale Bündnis für Familie in Eberswalde, das sich als Impulsgeber für eine familienfreundliche Stadt versteht. »Doch in der Vergangenheit war von dem Bündnis, daß eigentlich aus 60 Akteuren besteht, nicht viel zu spüren. Deshalb war es mir wichtig, das Bündnis im Rahmen der Familienwoche zu reaktivieren und neue Formen der Zusammenarbeit auszuloten«, so Forster-König. Sie ist froh, daß dieser Schritt getan ist und alle an einem Fortbestehen interessiert sind. Noch im Juni soll es ein erstes Arbeitstreffen geben. Dabei sollen die Themen bearbeitet werden, die während der Familienwoche als Wünsche und Herausforderungen an eine familienfreundliche Stadt genannt wurden.

Im Rahmen der Familienwoche fand ein Bündnistreffen statt, wobei über das Gremium und die Familienfreundlichkeit in der Stadt Eberswalde gesprochen wurde.



Foto: ULRICH WESSLEK

»Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für alle die größte Herausforderung. Sauberkeit und Ordnung, Kitaplätze, Kultur- und Sportangebote und deren bessere Kommunikation gehören ebenso zu den Wünschen vieler Eltern«, so die Familienbeauftragte. »Eberswalde soll sich weiter zu einer familienfreundlichen Stadt entwickeln, deshalb nehmen wir die Anregungen und Wünsche sehr ernst. Ich selbst werde beispielsweise zukünftig nicht nur Unternehmens- und Kitabesuche als Bürgermeister durchführen, sondern auch gezielt Akteure und Einrichtungen im Bereich der Famili-

enberaterung und -förderung besuchen«, so Friedhelm Boginski. »Alle Themen und Wünsche, die im Rahmen der Familienwoche zusammengetragen wurden, werden das Lokale Bündnis und die Verwaltung bündeln und bearbeiten«, so Katrin Forster-König.

Auch im kommenden Jahr wird es rund um den internationalen Tag der Familie eine Familienwoche in Eberswalde geben. Am Format soll ebenso gemeinsam mit dem Bündnis gefeilt werden. »Klar ist aber, daß es Angebote für alle Generationen geben wird«, so die Beauftragte.

### Bürgerinformationssystem

Das Informationssystem des Sitzungsdienstes der Stadt Eberswalde ist zumeist die einzige Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, sich direkt über das politische Geschehen in der Stadt zu informieren. Lokale Medien können den Umfang von Anträgen und Informationsvorlagen nicht ausreichend abbilden.

Die Niederschriften der einzelnen Sitzungen benötigen bis zur Veröffentlichung teilweise vier Wochen. Daß die Bearbeitung der Niederschriften etwas Zeit braucht, steht außer Frage, allerdings wäre es beispielsweise ratsam, zumindest das Abstimmungsergebnis zu den einzelnen Beschlußvorlagen am nächsten Tag im Bürgerinformationssystem lesbar zu machen.

Oftmals werden Vorlagen zurückgezogen und die Bürger dieser Stadt wissen davon nichts. Mehr Transparenz ist in diesem Bereich unabdingbar. Deshalb bittet DIE SPD-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Beabsichtigt die Stadt Eberswalde in naher Zukunft eine Verbesserung in diesem Bereich?
2. Ist es bei dem derzeitigen System möglich, weitere Informationen direkter zur Verfügung zu stellen - beispielsweise durch das Einfügen einer zusätzlichen Spalte zu den Abstimmungsergebnissen?
3. Gibt es weitere Systeme, die eine verbesserte Informationspolitik ermöglichen? Wenn ja, wie hoch wären die Anschaffungskosten und welche Vorteile wären dadurch zu erwarten?

RINGO WRASE, stellv. Fraktionsvorsitzender

### Fahrradparken am Eberswalder Bahnhof

BI RADWEGE IN EBERSWALDE gesprächsbereit – Baudezernentin »ratlos«

**Eberswalde (bbp).** In den vergangenen Monaten gab es in der Stadtverordnetenversammlung Vorstöße mehrerer Fraktionen, die mehr Parkmöglichkeiten für Pendler am Eberswalder Hauptbahnhof forderten. Dabei soll es ausdrücklich auch um mehr Parkmöglichkeiten für Fahrräder gehen.

Von der Stadtverwaltung wurde dies aufgegriffen. Baudezernentin ANNE FELLNER wandte sich auch an die verschiedenen Radfahrinitiativen in Eberswalde: »Wir erarbeiten zur Zeit Ideen«, schrieb sie, »wie wir das Fahrradparken am Bahnhof verbessern können. Dabei wollen wir mit allen Initiativen, die sich für den Radverkehr in Eberswalde einsetzen, ins Gespräch kommen.«

Die Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE reagierte positiv auf dieses Ansinnen, hielt sich aber auch nicht mit ihren Bedenken zurück. Angesichts Fellners »grenzwertigen Auftretens« im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) im Dezember 2017 und ihrer späteren öffentlichen Äußerungen im Zusammenhang mit dem von der Bürgerinitiative angestrebten Bürgerbegehren bezweifeln viele BI-Mitglieder, daß mit der Baudezernentin ehrliche Gespräche möglich sind. Viele befürchten, es wäre vertane Mühe.

Die BI-Mitglieder verwiesen u.a. darauf, daß die Ankündigung der Baudezernentin, wonach ein Verkehrssicherheitsaudit in der Heeger-

mühler Straße durchgeführt werden soll, nun schon mehr als ein Jahr alt ist – ohne daß etwas geschehen ist.

In dessen Ergebnis sollte ggf. neu über die Radstreifen in der Heegermühler Straße nachgedacht werden. Inzwischen scheine sich der Eindruck zu bestätigen, daß es sich lediglich um Verzögerungstaktik handelt, die immer noch der ursprünglichen Strategie des Aussitzens (»Die Eberswalder werden sich schon daran gewöhnen«) folgt. Auch ein Hinweis auf die aktuelle Baumaßnahme in der Breiten Straße vor dem Rathaus fehlte nicht. Die BI drückte ihre Hoffnung aus, daß hinsichtlich der ursprünglich geplanten »Radschutzstreifen« (ABPU am 9.6.2015) Verbesserungen eingearbeitet wurden. Ansonsten würden hier tatsächlich angesichts der geringen Fahrbahnbreiten und des hohen Verkehrsaufkommens »Radgefährdungstreifen« entstehen (BBP 2/2018).

»Es würde uns sehr freuen, wenn Sie daran interessiert sind, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen«, schrieb die BI an die Baudezernentin. »Dem selbstverständlich haben wir auch zum Thema Fahrradparken am Bahnhof bzw. allgemein für Pendler schon über einige Ideen gesprochen, die wir auch gerne in eine ehrliche Diskussion einbringen würden.« Die Baudezernentin antwortete, sie sei »etwas ratlos«, weil sie »die Conclusio« (Schlußfolgerung) nicht verstehe.



## Straßenbaubeiträge gehören abgeschafft!

Wenn es um Mitspracherechte der Grundstücksbesitzer beim Ausbau von Anliegerstraßen geht, dann gilt – jedenfalls nach Auffassung der MOZ (*»Vorteil bei Stimmengleichheit«*, MOZ v. 29.05.2018) – das *»Procedere«* in Eberswalde als *»vorbildlich«* und *»praktizierte Demokratie«*. Trifft das so zu?

Wenn ich in Eberswalde ein Haus bauen will, dann bezahle ich mit dem Preis für das erschlossene Grundstück auch die Straße, auf der ich das Grundstück erreichen kann. Damit habe ich die Herstellung der Straße finanziert. In den Folgejahren zahle ich fleißig Grundsteuern. Wenn also – etwa nach 25 Jahren – die Straße repariert und instand gesetzt werden muß, dann habe ich auch die Instandsetzung mit meinen Steuern schon vorausbezahlt.

Wenn die Stadt nun per Satzung beschließt, die Anlieger mit einem Beitrag an der Erneuerung zu beteiligen, dann will sie für eine Lei-

stung, die schon bezahlt ist, noch einmal kassieren. Was hat das mit *»vorbildlich«* und mit *»Demokratie«* zu tun?

Das ist *»Abzocke«*! Für Eberswalder ist es nicht wirklich wichtig zu wissen, daß andere Städte noch schamloser zuschlagen! Straßenbaubeiträge gehören abgeschafft – ohne wenn und aber, so wie es der Landtagsabgeordnete Peter Vida beantragt hat.

Bei künftigen Wahlen – auch Landratswahlen – sollten wir uns daran erinnern, daß die Abgeordneten von SPD und DIE LINKE diesen Antrag abgelehnt haben, es damit also nicht verdient haben, noch einmal gewählt zu werden. Leider haben Wähler erfahrungsgemäß nur ein kurzes Gedächtnis. Vielleicht hilft dagegen ja ein Medikament, so etwas soll es geben! Ob es wirklich hilft, ich weiß es nicht, habe aber so meine Zweifel!

JOHANNES MADEJA

## Krieg in Afrin:

# Mord, Vertreibung und Widerstand

Mitte März hatte die türkische Armee mit ihren dhihadistischen Verbündeten unter dem Banner der *»Freien Syrischen Armee«* (FSA) den kurdischen Kanton Afrin in Nordsyrien erobert. Aus den Medien ist das Thema verschwunden. Weder über die Hunderttausenden Flüchtlinge, die unter äußerst widrigen Bedingungen in den Nachbarregionen Zuflucht fanden, wird berichtet, noch darüber, welchem Terror die verbliebene Bevölkerung nun ausgesetzt ist. Unerwähnt bleibt, daß jetzt Tausende Dihadisten, wie die Gruppe *»Jaysh Al-Islam«*, die nach dem Sieg der syrischen Armee im Zuge von Vereinbarungen aus Ost-Goutha bei Damaskus mit ihren Familien evakuiert wurden, nun in Afrin und anderen von der Türkei eroberten Gebieten angesiedelt werden. Damit sollen demographische Veränderungen herbeigeführt und eine islamisch-türkische Ordnung aufgebaut werden. Nicht nur der kurdische Märtyrer-Friedhof in Afrin wurde geschändet und zerstört, sondern auch Tempel, Grabstätten und Denkmäler der Jesiden. Bereits jetzt behandelt die Türkei das eroberte Gebiet, als gehöre es zum türkischen Staatsgebiet. Morde,

Plünderungen sowie zahlreiche Verhaftungen und Entführungen, zum Teil um Lösegeld zu erpressen und Frauen zur Ehe mit Dihadisten zu zwingen, sind an der Tagesordnung.

Aber auch über den anhaltenden Widerstand der Kurden im besetzten Gebiet findet sich keine Nachricht. Kurdische Quellen berichten über zahlreiche Aktionen gegen die Besatzungstruppen, bei denen im April und Mai etwa 85 türkische Soldaten und FSA-Mitglieder getötet wurden. Bei Angriffen gegen türkische Kontrollpunkte wurde mindestens ein Panzer zerstört. Im Gegenzug wird über Operationen der türkischen Armee gegen YPG und YPJ im Nordwesten und Norden des Kantons Afrin berichtet, bei denen die Türkei auch Kampfflugzeuge einsetzte ([icafrinresist.com](http://icafrinresist.com)).

Das Thema Rüstungsexporte der BRD – unter anderem in den Aggressorstaat Türkei – bleibt derweil aktuell. Wie eine kleine Anfrage des Linksparteiabgeordneten ANREJ HUNKO ergab (Drucksache 19/1405), ist es inzwischen Methode, die für BRD-Unternehmen geltenden Rüstungsexportbeschränkungen zu umgehen, indem deutsche Rüstungsfirmen Joint Ventures im Ausland gründen und damit ihr Geschäft ins Ausland auslagern. Dadurch werden auch die Rechenschaftspflichten der Regierung unterlaufen. So antwortete die Bundesregierung hinsichtlich entsprechender Aktivitäten einer Rheinmetall-Tochter, daß es keine statistische Erfassung von entsprechenden Tochterfirmen oder Joint Ventures gebe. Die Gründung solcher Firmen beruhe auf *»unternehmerischen Entscheidungen«*. Rheinmetall plant u.a. solch ein Joint Venture mit der Türkei zur Modernisierung der türkischen Leopard-II-Panzer, die von der türkischen Armee in Nordsyrien eingesetzt werden.

ELISABETH MONSIEG

GERD MARKMANN

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:

## Koalition lehnt ab

Die rot-rote Mehrheit des Landtages Brandenburg hat am 30. Mai den Antrag von BVB/Freie Wähler auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt. Die Gesetzesvorlage sah vor, ab dem Jahr 2019 keine Straßenausbaubeiträge mehr zu erheben und hierfür vom Land an die Gemeinden einen Ausgleich zu zahlen.

Die Vertreter von SPD und Linken erklärten, daß man erst Daten erheben müsse und anstelle der Abschaffung der Beiträge eher die Mitbestimmung stärken müsse. Trotz dieser Ankündigung wurde aber auch unser Alternativantrag auf Mitbestimmung beim Anliegerstraßenbau von den Regierungsfractionen abgelehnt. In der Debatte wies ich darauf hin, daß viele Familien und vor allem ältere Menschen unter den hohen Beiträgen zu leiden haben. Kosten von mehreren Zehntausend Euro sind keine Seltenheit. Dabei gehört für BVB/Freie Wähler der Straßenausbau zur Daseinsvorsorge. Die Straße ist ein Werk der Allgemeinheit für die Allgemeinheit. Daher darf die Last nicht einseitig auf Einzelne verteilt werden.

Während Bayern und Hessen den Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge überparteilich beschritten haben und mittlerweile nur noch sechs Bundesländer eine Beitragserhebungspflicht in ihren Kommunalabgabengesetzen zu stehen haben, blockiert die Brandenburger Landesregierung weiterhin.

Positiv ist, daß die von uns initiierten Resolutionen, die jüngst in mehreren Gemeinden beschlossen worden sind, offenbar Wirkung gezeigt haben. So haben die Linken angekündigt, die dort geforderte Änderung von einer Erhebungspflicht im KAG hin zu einer Kannbestimmung mitgehen zu wollen – Zeitschiene allerdings unklar.

BVB/Freie Wähler werden in den kommenden Monaten durch lokale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mehr Mitbestimmung bei Ausbau- und Erschließungsmaßnahmen durchsetzen. Im Zuge der aktuellen Straßenausbaudebatte haben sich bereits Vertreter von fünf Kommunen gemeldet, die dies bei sich realisieren wollen.

Ziel muß es sein, den Menschen und ihren Familien die Sorge vor sozial erdrosselnden Beiträgen endlich zu nehmen.

PÉTER VIDA, MdL BVB/Freie Wähler

## Sommeranfangs-Singen

**Eberswalde (bbp).** Im Rahmen der Reihe *»Offenes Singen mit Erika Knabe«* lädt die Chorleiterin am 20. Juni um 10 Uhr in das Objekt der Volkssolidarität am Richterplatz Eberswalde zum *»Sommeranfangs-Singen«* ein.

Das Offene Singen findet immer am 3. Mittwoch im Monat statt und kann ohne Anmeldung und ohne Vorkenntnisse besucht werden.

Erklärung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde:

## Für einen erfolgreichen Weg zum Wassertourismus

Die Diskussion um eine eventuelle Übernahme von 12 Schleusen und später des Finowkanals zur durchgängigen schiffbaren wassertouristischen Nutzung durch die Anrainerkommunen ist bereits weit fortgeschritten. Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hatte im Dezember 2017 bereits die vom Bund geforderte »Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal« akzeptiert und den Bürgermeister mit der Unterzeichnung beauftragt. Der weitere Diskussionsprozeß in Eberswalde und in den Anrainerkommunen macht jedoch eine erneute Beschäftigung mit der Absichtserklärung und deren Inhalten erforderlich. Es erweist sich jetzt als Mangel, daß schon frühere (auch von Bündnismitgliedern vorgetragene) Bedenken zur Vorgehensweise nicht ernst genommen bzw. nicht beachtet wurden. Deshalb hält es das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde für notwendig, mit dieser Erklärung auf die Unzulänglichkeiten des bisherigen Diskussionsprozesses hinzuweisen, und die an der Entscheidung Beteiligten zur Beachtung der folgenden Punkte aufzufordern:

1. Kritische Prüfung der Antriebe für die anstehende Entscheidung.

1.1. In den Vorbemerkungen der Absichtserklärung wird erklärt, der Bund sehe ... »keine Möglichkeit, dauerhaft Finanz- und Personalressourcen aus dem Bereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung für die Instandsetzung und für die Unterhaltung der Schleusen am Finowkanal bereit zu halten«. Hierzu ist festzustellen, daß die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung für die Verwaltung der Bundeswasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf den (bundeseigenen) Bundeswasserstraßen zuständig ist. Der Bund hat seiner eigenen Behörde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn der Behörde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel fehlen, so muß dies die Behörde mit dem Bund klären. Daß der Bund die Mittel nicht zur Verfügung stellen könne, ist nicht einzusehen und kann nicht Grund für die ganz- oder teilweise Schließung des Finowkanals sein.

1.2. Die in den Vorbemerkungen enthaltene Formulierung »Der Finowkanal wird ausschließlich von der Freizeitschifffahrt genutzt und hat für die Güterschifffahrt keine Bedeutung« ignoriert, daß der Finowkanal ein technisches Denkmal ist. Von daher tritt die wirtschaftliche Nutzung, die auch als alleinige wassertouristische Nutzung zulässig ist, in ihrer Bedeutung vor der Eigenschaft als technisches Denkmal zurück. Schließlich wird in dieser Erklärung die Rolle des Finowkanals für die Regulierung des Wasserhaushaltes, die keinesfalls in die Verantwortung der Kommunen übertragen werden kann, unbeachtet gelassen.

1.3. Der »Absichtserklärung« ist keine plausible Begründung dafür zu entnehmen, warum der Finowkanal nicht im Eigentum des Bundes bleiben soll. Die schon jetzt auf dem Finowkanal etablierte Freizeitschifffahrt ist auch in der Hoheit des Bundes wassertouristisch weiter entwickelbar. Das Interesse der Kommunen der Region an einer Übernahme des Finowkanals ist mehr oder weniger durch den Bund erzwungen mit dessen Aussage, daß der Bund keine Möglichkeit für den Weiterbetrieb sieht. Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, wie eine KAG dauerhaft Finanz- und Personalressourcen bereithalten kann, wenn sich dazu der Bund nicht in der Lage sieht. Im richtig verstandenen volkswirtschaftlichen Sinne würde

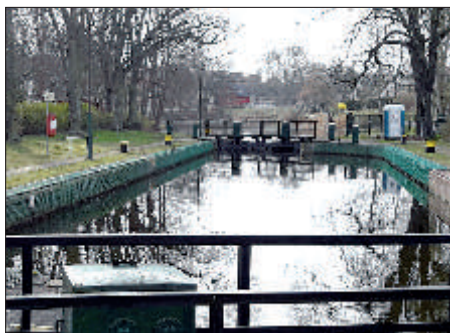


FOTO: JURGEN GRANZOW

sich die Betreibung des Finowkanals durch die Kommunen verbieten, wenn sie selbst den Bund überfordert.

2. Der Finowkanal ist ein technisches Denkmal. Die Geschichte und die Bedeutung des Finowkanals rechtfertigen den Charakter des Finowkanals als technisches Denkmal von nationaler und internationaler Bedeutung. Der Denkmalstatus des Finowkanals findet sich in der Absichtserklärung nicht wieder. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist gerade der Denkmalstatus, der das Handeln der Beteiligten bestimmen muß.

2.1. Der Denkmalcharakter hat entscheidende Bedeutung für den Eigentümer des Denkmals. Eigentümer des Finowkanals einschließlich aller Schleusen und Anlagen ist die Bundesrepublik Deutschland. Sie hat alle denkmalrechtlichen Verpflichtungen zur Erhaltung und zum Umgang mit dem Denkmal einzuhalten. Daß der Finowkanal keine Bedeutung mehr für die Güterschifffahrt besitzt, ändert nichts an der Verpflichtung zur Erhaltung und Pflege des Denkmals. Wem sonst ist es zuzumuten, ein Denkmal ohne wirtschaftliche Nutzung zu erhalten, wenn nicht der Bundesrepublik Deutschland. Sie kann durchaus versuchen, eine effektive Nutzung in Übereinstimmung mit der Denkmalordnung mit regionalen Partnern zu organisieren.

2.2. Die Absichtserklärung geht davon aus, daß der Bund sein Eigentum am Finowkanal, beginnend mit den Schleusen in einer ersten Etappe und der zwangsweisen Übernahme des gesamten Kanals in einer zweiten, an die Kommunen (bzw. KAG) überträgt. Mit dem Eigentumswechsel wäre zwangsläufig auch ein Wechsel der Denkmalträgerschaft verbunden. Damit wären die Kommunen auch Träger sämtlicher Kosten, die für die Unterhaltung und Pflege entstehen. Mit diesen Kosten sind die Kommunen völlig überfordert. Der Bund

entledigt sich dieser Kosten, die er vorgeblich nicht mehr bereithalten kann, zu Lasten der finanzschwachen Kommunen.

2.3. Die bisher vorliegende Wirtschaftlichkeitsberechnung der Stadt geht von der Annahme aus, daß mit Übernahme des Finowkanals »keine direkten Umsatzerlöse« erzielt werden. Aus der Berechnung ist auch nicht zu ersehen, wie und wann die Wirtschaftlichkeit des Finowkanals erreicht werden könnte. Die für das Denkmal erforderlichen Investitionen will der Bund bis zu einer Obergrenze nur zur Hälfte übernehmen, die andere Hälfte müßten die Kommunen tragen, mit der vagen Hoffnung, dafür irgendwelche Fördermittel akquirieren zu können. Das ist für die Kommunen nicht zu akzeptieren.

2.4. Der Bund ist nicht nur verpflichtet, das technische Denkmal Finowkanal zu erhalten. Er kann auch durch die Denkmalbehörde mit hoheitlichen Schritten zur Denkmalpflege angehalten und durch Anordnungen mit Verwaltungszwang bis hin zur Ersatzvornahme dazu gebracht werden. Dies riskieren auch die Kommunen (respektive die KAG), wenn sie nach Übernahme des Finowkanals ihre Denkmalpflichten nicht erfüllen. Es wäre längst Sache der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Landkreis Barnim, den Bund zur Durchsetzung des Denkmalschutzes beim Finowkanal in die Pflicht zu nehmen. Nach den uns vorliegenden Informationen gab es bisher keinerlei Aktivitäten in dieser Richtung.

2.5. Während es sich für die Kommunen verbietet, sich den Finowkanal vom Bund aufdrängen zu lassen, gibt es für den Bund keinen erkennbaren triftigen Grund, den Finowkanal nicht in seinem Eigentum und in seiner Verantwortung zu behalten. Das gebietet auch seine Verantwortung für eine gedeihliche Entwicklung der Regionen:

3. Das »Prinzip Hoffnung« ist für kommunale Entscheidungen mit großem Gewicht untauglich. Die Befürworter der Finowkanalübernahme setzen darauf, daß die Sanierung des Finowkanals mit seinen Schleusen Arbeit in die Region bringt. Sie vertrauen darauf, daß der Wassertourismus die Region belebt und indirekt doch Geld in die Kassen der Kommunen fließt.

Ob sich derartige Hoffnungen erfüllen, ist ungewiß. Sicher aber ist, daß die Millionen für den Finowkanal aus kommunalen Kassen den Handlungsspielraum der Kommunen für ihre eigenen unmittelbaren Aufgaben einschränken



werden. Der Versuch, mit Wassertourismus die Region zu entwickeln, kann nur unternommen werden, wenn der Bund den Finowkanal im Eigentum behält, und die Kosten für die Unterhaltung und Pflege trägt.

Kriterium für die Entscheidung zum Finowkanal können auch nicht Klientelinteressen, sondern nur richtig verstandene Gesamtinteressen sein.

4. Der Landkreis Barnim hat mit seiner Denkmalbehörde eine besondere Verantwortung für den Umgang mit dem Denkmal Finowkanal. Trotz des bekannten Handlungsbedarfes bei diesem Denkmal sind bisher keine Aktivitäten der Denkmalschutzbehörde bekannt, um den Bund als Grundstückeigentümer des Denkmals zu Erfüllung seiner Pflichten zu veranlassen. Wenn sich nunmehr die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung als Bundesbehörde darum bemüht, den Finowkanal aus Kostengründen an die Anliegerkommunen zu übertragen, so besteht für die Denkmalschutzbehörde dringender Handlungsbedarf, weil

- mit dem Eigentümerwechsel des Finowkanals, der Schleusen und weiterer Anlagen auch der Denkmaleigentümer wechselt,
- sich der Bund damit seinen nicht erfüllten Denkmalverpflichtungen entzieht, in der Absichtserklärung die Denkmalfragen keine Erwähnung finden,
- in der Folge das Gesamtdenkmal Finowkanal aufgespalten werden müßte und einzelne Denkmalelemente verschiedene Eigentümer haben werden.

Im Interesse des national bedeutenden Denkmals Finowkanal und seiner über die Denkmalsaufgabe hinausgehenden überregionalen Funktionen muß der Finowkanal im Eigentum des Bundes bleiben.

Als Fazit vorstehender Fakten und Überlegungen ist das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde der Auffassung (in Übereinstimmung mit Wirtschaftsminister Gerber), daß der Finowkanal mit seinen Schleusen und weiteren Anlagen und wegen seiner überregionalen Bedeutung im Eigentum des Bundes bleiben muß. Wenn der Bund den Finowkanal gemäß seiner denkmalspflegerischen Pflichten erhält und gemeinsam mit dem Land eine einheitliche Stau- und Regulierung der Region und die Steuerung des Gesamtwasserhaushaltes gewährleistet, wird damit zugleich auch die wassertouristische Nutzung in Regie der Anrainerkommunen ermöglicht.

Das Bündnis legt daher allen Entscheidungsträgern nahe, den Bund und das Land zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in die Pflicht zu nehmen und einen neuen Ansatz zu suchen, wie der Finowkanal im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse und in Zusammenarbeit aller Interessierten weiterhin wassertouristisch genutzt werden kann.

*Für das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde: OTTO BAAZ, KARL DIEDRICH, UTE FREY, REIMER LOOSE, DR. ELVIRA KIRSCHSTEIN, DR. SIEGBERT KUSSEROW, BERND POMRAENKE und ALBRECHT TRILLER*

## Fragen zum Finowkanal im Stadtparlament:

### **Informationen nur für Auserwählte?**

**Eberswalde (bbp).** Am 9. April hatte der Eberswalder Bürgermeister ausgewählte Personen, darunter die Stadtverordneten, zu einem Workshop zum Thema Finowkanal eingeladen. Wie die lokalen Medien inzwischen berichteten, wurde insbesondere über die Kosten einer Übernahme der Schleusen in kommunale Hand informiert. Für viele Stadtverordnete waren diese Informationen neu, obwohl 2016 für 100.000 Euro ein externes Büro zur Klärung ebenjener Fragen beauftragt worden war.

Obwohl es um öffentliche Angelegenheiten ging, gab es keine öffentliche Einladung. Dies nahm ALBRECHT TRILLER vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde in der April-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Anlaß, folgende Fragen an den Bürgermeister und die Stadtverordneten zu stellen:

1. Warum wurde zum Workshop nicht öffentlich eingeladen? Ist das Ihr Verständnis für Demokratie? Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn keiner mehr zur Wahl geht.
2. Warum spielt es bisher überhaupt keine Rol-

le, daß es der Bund ist, der als Eigentümer des Finowkanals, der Schleusen und aller weiteren Anlagen und damit zugleich als Eigentümer eines technischen Denkmals von nationaler und internationaler Bedeutung deren Erhaltung und Betriebsfähigkeit zu garantieren hat?

3. Wollen Sie tatsächlich das Argument gelten lassen, der Bund sehe keine Möglichkeit der Finanzierung des Finowkanals? Wenn das der Bund nicht kann, wer kann es dann?

4. Ist jemand unter Ihnen, der glaubt, daß die Anrainerkommunen als Eigentümer und Denkmalinhaber die Aufgaben und Kosten eines solchen gewaltigen Denkmals stemmen können?

*»Im Namen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde«, beschloß Albrecht Triller seine Anfrage, »rufe ich Sie auf, unseren gemeinsamen Traum von der Erhaltung des Kleinods Finowkanal durch klare Forderungen an den Bund zu verwirklichen, statt mit Selbstüberschätzung und übersteigter Risikobereitschaft eine Chance für die Entwicklung der Region kaputtzumachen.«*

## **Warnung vor Kanalübernahme**

Um es gleich vorweg zu sagen, auch ich bin für den Erhalt des Finowkanals, aber nicht so, wie es sich der Bund vorstellt, um sich auf billige Art und Weise vor seiner Verantwortung und seiner Verpflichtung zu drücken.

Die Kommunen sollen künftig die Kosten für den Erhalt des Kanals tragen. Wer da mitmachen will, müßte wenigstens einigermaßen die Kosten dafür kennen. Der Bund weiß das scheinbar, deswegen will er ihn loswerden. Da sollen dann weiterhin Motorboote, die wohl jenseits von 100 T€ kosten, den Kanal und seine Schleusen passieren dürfen ohne auch nur einen Euro dafür zu bezahlen. Das sollen dann die Bürger der Anrainerkommunen übernehmen. Wie werden sich die Kosten für die Erhaltung des Kanals in dem perspektivischen Zeitraum von 10 Jahren wohl entwickeln?

Wie durch den Wassertourismus die Wirtschaft gestärkt werden soll, ist mir völlig unklar. Ich habe jedenfalls öfter beobachtet, wie die Freizeitkapitäne bei Discountern einge-

kauft haben, um dann sicher das Erworbene auf ihren Yachten zu verzehren. Daß die in ein Restaurant gehen oder vielleicht sogar in einem Hotel übernachteten werden, dürfte wohl eher eine Wunschvorstellung derer sein, die angeblich vom Kanal leben wollen.

Auf Eberswalde als größte Kommune kommen dann im Fall der angedachten Übernahme, wie auch immer das geschehen soll, Kosten zu, die aus meiner Sicht nicht zu verkraften sind, wenn ich daran denke, daß schon jetzt Zoo, Baff und Familiengarten jedes Jahr mit beträchtlichen Geldern bezuschußt werden müssen, um deren Betrieb aufrechtzuerhalten.

Was dann auf Eberswalde zukommen könnte, wird um einiges fürchterlicher sein als der unsinnige Verkauf der Stadtwerke-Anteile.

Da ist mir und sicher vielen anderen der Erhalt dieser Einrichtungen wichtiger als die Utopien der Befürworter für die Kanalübernahme.

*BERND POMRAENKE*

## **Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Der Landesverband BVB/Freie Wähler führt am 10. Juni seine nächste, turnusgemäße Zentralversammlung durch. Bei der Sitzung werden wieder Vertreter von Wählergruppen aus allen Landkreisen erwartet.

Neben dem Bericht des Landesvorsitzenden steht die Vorbereitung des Wahljahres 2019 im Mittelpunkt. Hierzu sollen Pläne zur Gestaltung des Kommunal- und Landtagswahlkampfes diskutiert werden. Ziel von BVB/Freie Wähler ist der Einzug in alle Kreistage und der Wiedereinzug in den Landtag. Desweiteren

wird die Programmkommission über ihre Arbeit zur Erstellung des Wahlprogrammes berichten.

Zudem steht die Beschlußfassung über die Einleitung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Land auf der Tagesordnung.

Die Zentralversammlung findet am 10. Juni im Volkshaus Wildau (Karl-Marx-Str. 36, 15745 Wildau statt.

*PÉTER VIDA,  
Landesvorsitzender BVB/Freie Wähler*

## Führerschein weg?

Im Straßenverkehr kommt es immer wieder zu Verkehrsverstößen. Diese Verkehrsverstöße können so schwerwiegend sein, daß die Fahrerlaubnisbehörde Zweifel an der charakterlichen Eignung des betreffenden Kraftfahrers hat. Der Betroffene Kraftfahrer kann diese Zweifel der Behörde mittels einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) ausräumen.

Der Betroffene muß bei der MPU nachvollziehbar darlegen können, daß er zukünftig nicht mehr das gezeigte Fehlverhalten zeigen wird. Durchgeführt wird die MPU an amtlich anerkannten Begutachtungsstellen für Fahreignung. Anlaß für eine MPU kann ein einmaliger Verkehrsverstoß sein (z.B. mehr als 1,6 Promille Alkohol im Blut) oder es werden im Laufe der Zeit mehrere Verstöße gegen Regelungen festgestellt (z.B. wenn ein Kraftfahrer mehrmals mit 0,5 oder mehr Promille im Straßenverkehr aufgefallen ist; bei Straftaten reichen sogar schon 0,3 Promille). Auch ein Fahrradfahrer muß ab 1,6 Promille zur MPU!

Der häufigste Grund für die Anordnung einer MPU ist die Alkoholproblematik, gefolgt von der Medikamenten- bzw. Drogenproblematik. Auf dem dritten Platz finden sich Verkehrsauffälligkeiten (ohne Alkohol). Weitere Gründe sind körperliche oder auch psychische Erkrankungen (z.B. Demenz).

Der Tag der MPU beginnt mit einer körperlichen Untersuchung durch einen Arzt. Danach findet eine Überprüfung des verkehrsbedeutsamen Leistungsverhaltens statt, meist am Computer. Erst danach kommt zum Abschluß das MPU-Gespräch. Dieses Gespräch dauert in der Regel eine Stunde, nach dem der Betroffene ein vorläufiges Ergebnis erfährt, das endgültige Ergebnis steht etwa 14 Tage später fest.

Handelt es sich bei der zu begutachtenden Fragestellung um eine Alkohol- oder Drogenproblematik, ist meist ein Abstinenznachweis über sechs oder zwölf Monate notwendig. Dies geschieht entweder durch Haarproben oder Urinproben. Welches Verfahren gewählt wird, kann der Betroffene selbst entscheiden. Der Abstinenznachweis muß bereits bei der MPU-Begutachtung vorgelegt werden. Als geprüfter MPU-Berater kann ich Betroffene gezielt durch den »MPU-Dschungel« führen. Ziel der Vorbereitung auf die MPU ist eine nachhaltige Verhaltensänderung des Betroffenen (durch verhaltens-therapeutische Maßnahmen, die z.B. ein Heilpraktiker für Psychotherapie durchführen kann). Nur so kann der MPU-Gutachter eine positive Prognose erstellen. Der Betroffene hat es selber in seiner Hand, ob und wann er seine Fahrerlaubnis wieder bekommt. Als zertifizierter MPU-Berater helfe ich Ihnen dabei, sich auf den Tag des MPU-Gutachtens gründlich vorzubereiten.

Haben Sie Fragen zum Thema, so können Sie mir gerne unter [falk.hinneberg@gmx.net](mailto:falk.hinneberg@gmx.net) schreiben.

FALK HINNEBERG

## Drogenlegalisierung:

# Für ein besseres 21. Jahrhundert

**Seit vielen Jahren studiere ich psychoaktive Drogen, zumeist pflanzliche. Ich verbrachte hunderte Stunden im Zustand der Zwischenwelt, einem mehr oder weniger euphorischen und losgelösten Dasein. Ich genieße diesen ein wenig unbeschreiblichen Blick auf mich, auf andere und die Welt um uns herum.**

Bewußtseinsweiternde Erfahrungen halfen und helfen mir, mich besser zu verstehen und meinen Geist zu klären – sie sind für mich beliebte Mittel, um Meditation, Verbindung und Entspannung, ja Freiheit und Eins sein (mit der Natur) zu erfahren.

Neben all den verschiedenen Substanzen ist für mich und für viele Millionen andere Menschen auf der ganzen Welt eine Pflanze besonders. Cannabis ist eine der heiligsten-besonderen Pflanzen für mich, allein ihre Erscheinung beruhigt mich ungemein. Ich liebe ihre Blätter, ihre tiefen und verzweigten Wurzeln, ihre starke und anpassungsfähige Wuchskraft, ihren kräftigen grünen ein wenig nach Hopfen duftenden Geruch. Für mich sind die psychoaktiven Inhaltsstoffe keine Fraßgifte, sondern sie dienen uns zur Heilung.

Ich fühlte mit dem erstenmal, daß eine Tür geöffnet wurde. Damals noch unreflektierter und mehr zum Betäuben, heute mit mehr geisteswissenschaftlicher und verständiger Sichtweise, fühle ich Jahr für Jahr mehr, wie mächtig diese wohl mit wichtigste und älteste Kulturpflanze unserer Menschheit tatsächlich ist. Eine Pflanze für eine wahre grüne und globale Revolution des Verständnisses und des Friedens mit uns, mit anderen und mit der uns umgebenen Natur.

Die verschiedenen Strömungen der aufkommenden legalisierten Nutzung weltweit, von Industrie bis nachbarschaftlichen Anbau, zeigen mir, daß wir uns mitten in einem nie dagewesenen Umbruch befinden, und zwar in einem globalen Maßstab.

Allerdings muß man ohne Angst bereit sein, ihre Kraft zu empfangen, spirituelle – neue geistige Erfahrungen zu machen. Und: Kann eine rein kommerzielle, gewinnbringende Nutzung diesem Potential gerecht werden?

Ich spüre, die Zeit der Repression ist bald vorbei. Viele 100.000 Jahre Gefängnis, paranoider Verfolgungswahn, fristlose Kündigungen, zerstörte Träume, Freunde, die einen erpressen und zusätzlicher Streß für was? Eine Pflanze, die wie keine andere befähigt ist, Heilung zu bringen. Ohne wirkliche Abhängigkeit, ohne Tabak und Verbrennung genossen, ohne Schädigung des Körpers. Sie erdet uns und bringt uns näher an die Natur – wenn es den Rahmen dazu gibt. Sie bringt uns sanft zur Welt der Pflanzen und zeigt uns, daß wir alle (Tiere, Menschen, Pflanzen, Pilze, Steine) eins sind.

Ich wünsche mir Freiheit und Anerkennung für meine Lieblingspflanze. Ich wünsche mir, daß all die Konsumenten aufstehen, auch für die Rechte der Menschen, die diese Pflanze für sie kultivieren und ihre Freiheit dafür riskieren.



Eine schon etwas ältere Lösung...

Foto: Gerd Markmann

Wie kein anderer bietet insbesondere der Schweizer Nachtschattenverlag die Möglichkeit, sich mit den besonderen Wirkungen dieser heiligen Pflanze auseinanderzusetzen. Ich wünsche mir keine sterile profitorientierte Industrie sondern individuelle Cannabis-Anbauer die den spirituellen Schatz dieser Pflanze verstanden haben.

Im Grunde ist Cannabis eine Droge unter vielen, steht aber der Schädlichkeit etwa von Alkohol (Fremd- und Selbstschädigung) weit nach. Dies kann aus der renommierten und im Bereich der Drogenforschung sehr angesehenen Studie von DAVID NUTT nachgelesen werden (sogenannter Schädlichkeitsindex aller Drogen). Der medizinische Nutzen ist vielfältig und je nach stofflicher Zusammensetzung (große Anzahl verschiedener Inhaltsstoffe und Inhaltsstoffgruppen), Pflanzenart und Sorte unterschiedlich. Einige Bestandteile wirken verstärkt auf den Geist, während andere körperlich anregend sind. Die Wirkung kann grob als gegenständig bezeichnet werden (etwa von schmerzlindernd bis stimmungsaufhellend). Die Wirkung ist je nach Patient individuell unterschiedlich.

Auch gibt es Bestrebungen, die Nutzung psychoaktiver Drogen als immaterielles Weltkulturerbe zu schützen (nachzulesen im Nachtschattenverlag).

Und wie alle Pflanzen, wirkt sie nicht sofort, sondern über einen längeren Zeitraum eingenommen. Sie ist keine Chemie, sie ist ein echter Teil der Natur. Die Anwendung von Pflanzendrogen lag in naturnäheren Zeiten mehr in den Händen der Schamanen, Drogen- und Ritualerfahrenen Menschen, die sie zu Zwecken der Heilung und des Verständnisses für die Gemeinschaft einsetzten. Dann wurde diese längste Periode des Glaubens an die Kräfte der Natur durch den Glauben an Gott und Geld ersetzt. Deshalb steht auf und wehrt euch!

Dr. SORGSAM



## Feuchtgebiet erhalten



**Die Fraktion BVB/Freie Wähler in Bernau spricht sich gegen eine weitere Bebauung südlich der Dossestraße in Bernau-Friedenstal aus. Gemeinsam mit den dortigen Einwohnern sehen wir erhebliche ökologische und infrastrukturelle Bedenken.**

Diese noch freien 1,7 ha sind die einzige Grünfläche in dem riesigen Neubaugebiet »Friedenstaler Gärten« und grenzen an das Naturschutzgebiet »Faule Wiesen«. Dort befindet sich ein Feuchtbiotop, in dem auch der geschützte Eisvogel nistet.

Dieses Feuchtbiotop, der Maingraben und die hinteren feuchten Teile der Grundstücke in der Hans-Sachs-Straße bilden für zahlreiche Tiere einen gemeinsamen Lebensraum. Das Feld ist ein »Wandergebiet« für Frösche und andere Lurche. Durch eine Bebauung würde dieser Lebensraum unzähliger Amphibien zerstört werden. Ebenso sind auch die Risiken einer zunehmenden Verdichtung und Versiegelung in

den Blick zu nehmen. So werden letzte Teile ländlicher Räume zerstört. Zugleich kommt es zu einem massiv erhöhten Verkehrsaufkommen, welches mangels mitwachsender Infrastruktur nicht bewältigt werden kann.

Wir wollen keine Siedlungsstruktur wie in Berlin. Ziel muß es sein, sicherzustellen, daß ein organisches Wachstum an den Rändern der Stadt möglich ist, ohne daß es zu einer zu starken Verdichtung in bestimmten Stadtteilen kommt. Deswegen unterstützen BVB/Freie Wähler die laufende Unterschriftensammlung zur Freihaltung der unter Umweltschutzgesichtspunkten wichtigen Fläche.

PÉTER VIDA

## Zuckersteuer?

(Schweinefettsteuer, Rinderfettsteuer, Buttersteuer?)

Die deutsche Ärzteschaft fordert die Einführung einer Zuckersteuer, wurde im Deutschen Ärzteblatt 2018 mitgeteilt. Eine Forschergruppe veröffentlichte 2016 eine Studie, deren Ergebnis es war, daß in den nächsten Jahren weltweit Millionen von neuen Diabeteserkrankungen zu erwarten sind. Man sieht in Deutschland und anderen Ländern viele fettleibige, auch junge Menschen. Mit Sicherheit ist das eine Folge falscher Ernährung und des Bewegungsmangels, aus welchen Gründen auch immer. Aus Statistiken ist jetzt bekannt, daß in Deutschland und anderen Ländern die Zuckerkrankheit drastisch angestiegen ist, und die Prognose ist schlecht, gemeint sind Neuerkrankungen, nicht angeborene Diabetesfälle.

Ich habe mehrere Eberswalder nach ihrer Meinung befragt. Jemand sagte, es sei alles viel zu süß, was es zu kaufen gibt an Getränken und Lebensmitteln. Ein anderer meinte, man sollte selbst mehr darauf achten, sein Essen nicht zu süßen. Das könne man sich abgewöhnen. Ein Dritter sieht die Ursache in der mangelnden Bildung, die Kinder sollten schon in der Schule mehr über eine gesunde Ernährung lernen.

Und noch ein anderer sagte, Deutschland brauche eine neue Steuer, um die Flüchtlinge ernähren zu können, vom Diabetes mal abgesehen.

Wir machen alle Fehler in der Ernährung und zwar bewußt. In der Behandlung einer Zuckerkrankheit wird die Kalorienzufuhr in Broteinheiten (BE) umgerechnet. Jeder neuzustellende Patient bekam einen Diätplan vom Krankenhaus mit nach Hause, in dem alles in BE umgerechnet wurde und die Menschen haben das schnell gelernt, wieviel BE hat ein Apfel, 200 Gramm Kartoffeln usw.

Wie sollte es sonst funktionieren? Die Zuckerkrankheit schädigt alle Organe im Körper vom Kopf bis zu den Zehenspitzen, sie schädigt die kleinsten Blutgefäße und läßt Gewebe absterben. Alle Diabetiker wissen das. Von Süßigkeiten ist also abzuraten!! Äpfel und anderes Obst sind besser, Pflaumen enthalten zum Beispiel Xylit, einen unschädlicheren Zuckerstoff.

Nun aber zur Zuckersteuer. Bislang haben wir alle Flüchtlinge satt bekommen! Auch hatten wir bis 1996 bereits eine Zuckersteuer in Deutschland. Brauchen wir etwa die neue Steuer für die Rüstungsausgaben? Allein ein »Eurofighter« kostet etwa 135 Millionen Euro.

Wir haben nun eine erhöhte Tabaksteuer, angeblich wird in Betrieben weniger geraucht. Und nach Feierabend? Hat die erhöhte Alkoholsteuer zu einem anderen Trinkverhalten geführt? Sucht ist Sucht, die Entziehungskuren belasten auch das Gesundheitswesen.

## Fahrrad-Demo in Bernau

Den 20. Europäischen Tag des Fahrrades am 3. Juni nahmen die Bernauer Ortsteile Birkholz, Birkholzaue und Birkenhöhe zum Anlaß, eine Fahrrad-Demo nach Bernau durchzuführen. Grund war die immer noch fehlende sichere Radwegeverbindung zur Kernstadt, um die in diesen südlichen Ortsteilen seit Jahren gerungen wird.

Aus den drei Ortsteilen nahmen 150 Einwohner aus allen Altersgruppen teil, weitere 10 Teilnehmer waren Stadtverordnete verschiedener Fraktionen, Ortsvorsteher anderer Ortsteile und weitere Sympathisanten.

Auf dem Marktplatz nahm der Bürgermeister zur Begrüßung das Wort und wies auf die Problematik der Landesstraße und der damit einhergehenden Verantwortung des Landesbetriebes für Straßenwesen hin.

Ich wies auf die bereits in der Straßenbaukonzeption der Stadt Bernau von 2006 vorgesehenen Maßnahmen im Radwegbau für alle drei Ortsteile ein, die der Erhöhung der Sicherheit und Verbesserung der Mobilität aller Altersgruppen im Alltagsleben dienen sollen. Leider ist nach 12 Jahre noch gar nichts davon auf den Weg gebracht, ja nicht einmal angesprochen. Deshalb wurde dieses Jubiläum ausgewählt, diese Problematik möglichst vielen Bernauern vor Augen zu führen, was ganz offensichtlich auch gelungen ist.

HEIDI SCHEIDT, Ortsvorsteherin Birkenhöhe

Die vielen Komplikationen bei Diabeteserkrankung belasten das Gesundheitswesen sehr. Wenn man etwas durchdrücken will – dafür ist die Politik da – dann wird es gemacht.

Wie verändern wir das Eßverhalten? Wer möchte bitteschön gern sein Eßverhalten ändern? Die Zuckerkrankheit tut ja nicht weh, wenn man von Taubheitsgefühlen in den Füßen absieht.

Was ist mit dem Frustessen, Essen aus Langeweile, Essen wegen Arbeitslosigkeit, Essen wegen Familienproblemen, Gewalt in der Familie, schlechter Ehe, Essen wegen Gemobbterwerdens?

Da sind so viele gesellschaftliche Probleme in diesem Thema. Was ist mit Sport, Fitnessclubs? Die sind auch teuer und alleine macht Sport keinen Spaß.

Ich denke und komme zu dem Schluß: Zualterererst muß der Staat dafür sorgen, daß das Leben einfach mehr Spaß macht, daß die Menschen angepaßte Arbeit bekommen, daß es soziale Betreuungseinrichtungen gibt, schon in der Schule Arbeitsgemeinschaften (aber wir haben ja Lehrermangel), Möglichkeiten für Rentner, sich noch nützlich zu machen, daß Junge und Alte nebeneinander besser auskommen und sich gegenseitig brauchen.

Ich bin ein Idealist? Nein! Wo ein Wille ist, da sind auch Wege, neue Köpfe braucht das Land.

## Familienleben – »Nur für Deutsche«?

Das Familiennachzugsneuregelungsgesetz verstößt gegen das Grundgesetz. Das Gesetz nimmt Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz das Menschenrecht auf Familienleben.

Das ist der Zeitplan der Bundesregierung zur Verabschiedung des Gesetzes: Am 7. Juni oder 8. Juni wird es im Bundestag vorgestellt. Am 11. Juni gibt es eine Sachverständigenanhörung, das ist ein Gespräch darüber mit Expertinnen und Experten. Am 15. Juni sollen die Abgeordneten im Bundestag über das Gesetz abstimmen. Das bedeutet: wir haben nicht mehr viel Zeit. Wir wollen an diesen Tagen vor dem Bundestag protestieren. Aber das schaffen wir nicht allein. Bitte unterstützt uns!

Initiative »Familienleben für Alle!«

Webseite: familienlebenfueralle.blogspot.eu

## Erfolgreiche Teilnahme



Am Pfingstwochenende fand in Lübeck der Bundeswettbewerb Jugend musiziert 2018 statt. Von der Musikschule Barnim konnten sich vier SchülerInnen qualifizieren.

Und die intensive Vorbereitung hat sich gelohnt: Maximilian Kroither (13) errang mit seiner Bewertung von 20 Punkten in der Altersgruppe 3 einen tollen dritten Preis in der Solowertung Fagott.

Die Querflötistin Charlotte Hoffmann (13) und ihre Klavierbegleiterin Sophia Goldberg (12) erhielten in der Altersgruppe 3 mit ihren 19 Punkten ein sehr gutes Prädikat (Foto). Ebenso mit 19 Punkten und dem sehr guten Prädikat in der Solowertung Querflöte wurde Vanessa Freyer (14) in der Altersgruppe 4 belohnt. Unseren erfolgreichen Teilnehmern und ihren Lehrerinnen Florencia Fogliati sowie Esther Kromholz und Jana Quilitzsch-Schomartz die allerherzlichsten Glückwünsche!

Foto und Text: Musikschule Barnim

# Als die Bücher brannten (2)

von Hartmut Lindner

**Am Abend des 10. Mai 1933 entzündeten Studenten des Nationalsozialistischen Studentenbundes in den deutschen Universitätsstädten die Scheiterhaufen und warfen das »schädliche und unerwünschte Schrifttum«, die Weltliteratur, ins Feuer. Universitätsprofessoren und akademische Würdenträger hielten Festreden. Diese Gewalttaten waren gründlich vorbereitet und führten zu einer systematischen Ausmerzung der verbotenen Literatur. Hierzu nachfolgend der zweite Teil der Dokumentation. Im Teil 1 ging es 1. um die »deutsche Gründlichkeit« und 2. um einen »Blick in deutsche Bücherstuben«. (Aus: Das war ein Vorspiel nur. Bücherverbrennung Deutschland 1933 – Voraussetzungen und Folgen. Katalog der Ausstellung der Akademie der Künste der DDR, 8. Mai - 3. Juli 1983).**

## 3. Der Fall Erich Kästner

**Gestapo, Berlin, 21. Juni 1935, Vermerk:** Die Arbeitsstelle für Schrifttumsbearbeitung beim Sicherheitshauptamt des Reichsführers-SS beantragt Beschlagnahme der Schrift »Herz auf Taille« von Erich Kästner, die Gedichte von offener, schamlosester Sexualität enthalten soll. Kästner soll übrigens Marxist gewesen sein.

**Präsident der RSK an Gestapo, Berlin, 29. Januar 1936:** Der Verlag Williams und Co., Berlin, vertreibt noch einen Prospekt, in dem ein Werk von Erich Kästner »Emil und die Detektive« erwähnt wird. Da sämtliche Druckschriften dieses Autors in die Liste gemäß §1 meiner Anordnung über schädliches und unerwünschtes Schrifttum vom 25.4.35 eingereicht wurden, bitte ich den Verlag sowohl die Restbestände dieses Werkes als auch die noch vorhandenen Prospekte sicherzustellen.

**An Präsidenten der RSK, betrifft »Emil und die Detektive« von Erich Kästner, Berlin 29. Januar 1936:** Von der Staatspolizeistelle Berlin konnten von dem obenbezeichneten Buch im Handlager des Verlages Williams & Co. 2 Exemplare und in der Berliner Auslieferungsstelle, noch 173 Stück erfaßt werden. Von den beanstandeten Prospekten wurden insgesamt ca. 3 000 Stück erfaßt. Es handelt sich hierbei nicht um einen, sondern um vier verschiedene Prospekte.

Das verbotene Buch »Emil und die Detektive« ist nicht nur in den beschlagnahmten Prospekten enthalten, sondern ist auch auf den Schutzumschlägen fast sämtlicher übrigen Verlagswerke aufgeführt. Ich habe daher die Staatspolizeistelle Berlin angewiesen, dem Verlag aufzugeben, diese Schutzumschläge zu entfernen. Bei der Beschlagnahme wurde von dem Verlag vorgebracht, daß ihm bisher von dem Verbot sämtlicher Druckschriften Kästners nichts bekannt war. Zum Beweise hierfür wurde ein vertrauliches Rundschreiben des Börsenvereins der deutschen Buchhändler vom 30.11.33 vorgezeigt, in dem nur die Bücher von Kästner »Der 35. Mai oder Konrad reitet in die Südsee«, »Pünktchen und Anton« als verboten aufgeführt werden. Ich halte es daher für zweckmäßig, wenn sämtliche Buchhandlungen nochmals auf das bestehende Verbot für sämtliche Druckschriften Kästners aufmerksam gemacht werden. Ich habe von mir aus sämtliche politische Polizeien nochmals angewiesen, etwa noch auftauchende Druckschriften Kästners polizeilich zu beschlagnehmen und einzuziehen.

**Polfunk (Funkspruch der Pol. Polizei), An alle alle Dienststellen:** Vereinzelt taucht noch das Buch »Emil und die Detektive« von Erich Kästner auf. Weise darauf hin, daß sämtliche Schriften Kästners in Liste der Reichsschrifttumskammer

über schädliches und unerwünschtes Schrifttum aufgenommen sind. Noch vorhandene Bestände oder auftauchende Exemplare polizeilich beschlagnehmen und einziehen.

**Gestapo an Staatspolizeistelle Berlin, Betrifft: »Emil und die Detektive« von Erich Kästner, Berlin, 31. März 1936:** Gegen die Vernichtung der beschlagnahmten Bücher und Prospekte bestehen keine Bedenken.

## 4. Ein »jüdischer Verlag«

gibt die Erzählung einer deutschen Autorin heraus (»Die Judenbuche« von Annette Droste-Hülshoff im Schocken-Verlag-Berlin).

**Präsident der RSK an Gestapo, Berlin 16. April 1937, Betr.: Schocken Verlag, Berlin:** Anliegend überreiche ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnisnahme Durchschrift meines heutigen Schreibens an den obengenannten jüdischen Verlag. Ich bitte Sie, die zuständige Staatspolizeistelle darauf achten zu lassen, daß der Verlag meinen Anordnungen nachkommt.

Betr.: Annette von Droste-Hülshoff »Die Judenbuche«. In Ihrer Schriftenreihe älterer und neuerer jüdischer Schriftsteller haben Sie die obengenannte Erzählung herausgebracht. Es geht nicht an, daß das Buch dieser deutschen Dichterin in Ihrem Verlag erscheint, und ich ersuche Sie, es innerhalb von drei Tagen aus dem Verkehr zu ziehen und jede weitere Verbreitung zu unterlassen. Über das von Ihnen Veranlaßte erbitte ich umgehend Nachricht.

**Staatspolizeistelle an Gestapo, Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin, 7. April 1938, Betrifft: Schocken-Verlag, Berlin:** Erlaß: vom 21. März 1938 - IIP 1 - 2139/B. - Der literarische Leiter des Schocken-Verlages, Dr. Spitzer, erklärt, daß die Bestände des Buches »Die Judenbuche« noch nicht verkauft wurden. Ein ausländischer Käufer, der gegebenenfalls die Bestände übernehmen würde, konnte noch nicht gefunden werden. Sämtliche Exemplare sind in Kisten verpackt und lagern gesondert in den Räumen des Verlages. Eine Auslieferung des Buches ist seit Mitte April 1937 nicht mehr erfolgt.

**Staatspolizeistelle an Gestapo, Geheimes Staatspolizeiamt, Betrifft: Schocken-Verlag, Berlin:** Bezug: Erlaß vom 25.7.1938 - II P1 - 2139/B. - Nach Angaben des Dr. Spitzer vom Schocken-Verlag sind die Bestände des Buches »Die Judenbuche« Mitte Juli d. Jahres vernichtet worden. Der Abteilung IIa des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ist eine Mitteilung des Schocken-Verlages mit einer Bescheinigung über die vollzogene Vernichtung zugegangen. Die Angaben des Dr. Spitzer wurden von der Abteilung IIa des RM für Volksaufklärung und Propaganda (Herrn Lock) bestätigt.



## Deutsche Wirtschaft »in Lauerstellung«

BRD hat seit 2001 diplomatische Beziehungen mit der KVDR

**Glaubt man den Medienberichten, steht die Welt kurz vorm Atomkrieg. Die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) schoß bis Ende 2017 eine Rakete nach der anderen ab und hat mittlerweile 6 Atombombentests realisiert (zum Vergleich: die USA liegen bei weit über 1.000 Atombombentests).**

Glaubt man den Medien, wetteifern zwei Iree um den Titel »Verrücktestes Staatsoberhaupt«. Aber ist Kim Jong Un tatsächlich ein »Irrer«, wenn er meint, die Atombombe könne seine Existenz und die seines Landes sichern? Die Herrscher im Irak und in Libyen hatten ihre Massenvernichtungswaffen vollständig abgerüstet – und wurden Opfer der »Weltordnungskriege« der USA und ihrer Verbündeten. Und ist bloß Donald Trump ein Irrer, der dem kleinen Land in Asien mit dem Atomkrieg droht? Dieser Irrsinn hat in den USA Tradition. Obama und seine Außenministerin Clinton konnten ihre Kriegshetze nur netter formulieren. Und deren Vorgänger wollten schon im Korea-Krieg von 1950-53 Atombomben werfen. Also auch von daher nichts Neues.

Während der US-Präsident derzeit gegenüber der KVDR zwischen hysterischen Kriegsdrohungen und weiterer Gesprächsbereitschaft hin und her schwankt, nehmen wichtige Auslandsorganisationen der BRD, wie die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, ihre Aktivitäten in dem Land wieder auf.<sup>1</sup> Hier wird die strategische Neuorientierung der KVDR ernst genommen. Nach dem erfolgreichen Aufbau einer nuklearen Abschreckungskapazität aus Atombomben und Interkontinentalraketen verabschiedete die Partei der Arbeit Koreas (PdAK) am 20. April eine neue Strategie, die die bisher gleichgewichtige Förderung von Militär und Wirtschaft beendete und der Förderung der Wirtschaft alleinige Priorität einräumt. Das wollte Staatschef Kim Jong Un

schon seit Jahren, konnte das aber aufgrund des militärischen Drucks der USA nicht realisieren. Vorbereitungen dafür, das Land für ausländische Unternehmen zu öffnen, habe er schon vor Jahren getroffen, erklärt der Politikwissenschaftler Jae Jung Suh von der International Christian University (ICU) in Tokio. Bereits im Mai 2013 wurde ein Gesetz für Sonderwirtschaftszonen (Economic Development Zone) verabschiedet, in denen Auslandskapital über erheblich größere Freiheiten verfügt als in den älteren Special Economic Zones. Inzwischen gibt es schon 22 solcher *Economic Development Zones*.<sup>2</sup> Um diese für die Volkswirtschaft der KVDR wichtigen Sonderwirtschaftszonen mit Leben zu erfüllen, ist allerdings ein Ende der UN-Sanktionen notwendig.

Für die DDR war die KVDR ein wichtiger Handelspartner. Mit der Wende brachen diese Beziehungen zusammen. Erst im Jahr 2001 erhielt die »ständige Vertretung« der BRD mit Sitz in der einstigen DDR-Botschaft in Pjöngjang den offiziellen Rang einer Botschaft. Seit 2002 war die Naumann-Stiftung hier aktiv und organisierte Workshops zu Themen der »wirtschaftlichen Modernisierung«, des Einwerbens von Auslandsinvestitionen und zur »Umstrukturierung von Staatsunternehmen«.<sup>3</sup>

Mehrmals waren Fachleute aus der BRD mit der »Beratung« von Regierungsstellen befaßt. So wurde Anfang 2013 berichtet, deutsche Ökonomen und Juristen arbeiteten für die nordkoreanische Regierung an einem »Masterplan« für die wirtschaftliche Entwicklung, der

sich »an der vietnamesischen Blaupause« orientiere; um ihn umzusetzen, habe Nordkorea Bedarf »an einer modernen Investitionsgesetzgebung«. Das Szenario wurde damals auch für deutsche Unternehmen als ziemlich interessant eingestuft. Die KVDR besitze, so hieß es, »ein gewaltiges unerschlossenes Potential« an wichtigen Rohstoffen sowie »massenhaft billige Arbeitskräfte«.<sup>4</sup>

Unter dem massiven Druck des Atomkonflikts ist die wirtschaftliche Öffnung des Landes dann zunächst nicht weiter verfolgt worden. Die Naumann-Stiftung blieb aktiv, allerdings von Südkorea aus, wo sie in den vergangenen Jahren mehrere Fachkonferenzen unter dem Titel »Doing business in North Korea« durchführte. Die Rede ist von »zahlreich neu entstehenden nordkoreanischen Privatfirmen«, deren Tätigkeit einen »privaten Bankensektor« notwendig machen würden.<sup>5</sup>

Parallel dazu heißt es in Berichten, die deutsche Wirtschaft begeben sich ebenfalls wieder vorsichtig »in Lauerstellung«, nachdem der bilaterale Handel 2017 gerademal 6 Millionen Euro umfaßte. Dabei ist die KVDR reich an Bodenschätzen wie Gold oder seltene Metalle. Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) erklärt: »Jede Form der Entspannung ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft positiv zu bewerten.«<sup>6</sup> Wer miteinander handelt, führt zumindest meist keine Kriege.

GERD MARKMANN

1 – [www.german-foreign-policy.com/news/detail/7619/](http://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7619/)

2 – Jae-Jung Suh: Kim Jong Un's Move from Nuclearization to Denuclearization? Changes and Continuities in North Korea and the Future of Northeast Asia. In: *The Asia-Pacific Journal*. Volume 16, Issue 10, Number 2. 15.05.2018.

3 – [www.german-foreign-policy.com/news/detail/1093/](http://www.german-foreign-policy.com/news/detail/1093/)

4 – Nordkorea bereitet baldige Öffnung der Wirtschaft vor. *faz.net* 04.01.2013

5 – Doing Business in North Korea: Modernization and New Consumerism. *korea.fnst.org*, 14.06.2017. <http://korea.fnst.org/content/doing-business-north-korea-modernization-and-new-consumerism>

6 – Gernot Heller: Nordkorea: Deutsche Wirtschaft in Lauerstellung. *dw.com* 04.05.2018. <http://www.dw.com/de/nordkorea-deutsche-wirtschaft-in-lauerstellung/a-43651022>

## Erinnerung an alte Freundschaft

Ein Brief an die Botschaft der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR)

Herr Botschafter Pak Nam Jong, werte Kommunisten, Genossen und Freunde!

Die Genossen der Eberswalder AG Senioren »Die Linke« bedanken sich für die Einladung zu der würdigenden Festveranstaltung Ihres großen Staatsmannes, Erbauer Ihres heute erstarkten Staates, dem Freund der DDR, dem Genossen Kim Il Sung.

Wenn ich heute an unsere Jugend zurückdenke, weiß ich, wir sind mit seinen Träumen aufgewachsen. Mit vielen Mädchen und Jungen aus der KVDR waren wir in Pionierlagern, Schulen, Universitäten der DDR beim gemeinsamen Spielen und Lernen zusammen, aber auch in der Sorge um die Geschwister, die Eltern in der fernen Heimat. Wir arbeiteten, studierten, schufen Beispiele der Solidarität, auch für Euer leidgeprüftes Vaterland. Nun sind Jahrzehnte vergangen. Der Sozialismus hatte sich in der Welt eine Wirkungsstätte geschaf-

fen, die dem Menschen eine neue menschenwürdige Welt verspricht. Leider mußte der Sozialismus Rückschläge hinnehmen, auch in der DDR. Unsere Länder hatten in ihrer Entwicklung viele Gemeinsamkeiten. Geteilt in der Ideologie, getrennt von Familien und Landsleuten, Zerstörungen, Kriegsoffer, Waisen, Hunger, Not. Heute haben wir ein einiges Deutschland, in dem unsere Vorstellungen und Ziele nicht aufgegangen sind. Wir werden deshalb weiterhin um Veränderungen ringen.

Mit großem Stolz haben wir die Veränderungen, die Erfolge Eurer Wirtschaftskraft in dem noch jungen Land gewürdigt. Nun erkennen wir die Ergebnisse friedlichen Wirkens beim Aufbau, unter der Führung des Genossen Kim Jong Un. Wir begrüßen die Vorschläge Eurer Regierung zur Klärung der Koreafrage, und die Bemühungen, weiter im Gespräch mit der Regierung Südkoreas zu bleiben.

Uns ist vollkommen bewußt, ohne Hilfe aus Moskau und Peking läßt sich dieses Weltproblem nicht lösen. Diese Freundschaft zu den beiden Weltmächten war eine Herzensangelegenheit Ihres »Großen Führers«. Gemäß seinen Visionen sehen wir in der Pekingreise eine Weiterführung aller sportlichen, politischen und wirtschaftlichen Handlungen Eurer Partei zur Stabilisierung des Friedens in der Region.

Die Verhandlungen mit der Regierung von Südkorea, der Regierung der USA werden in der nächsten Zeit Eure Kraft, den Willen, die gewachsene Stärke Nordkoreas in der Politik, des Militärwesens, aber noch viel wichtiger, im weiteren Aufbau des Sozialismus, mit all seinen Vorzügen für seine Menschen, nachweisen.

Wir bedanken uns nochmals herzlichst bei Ihnen, Herr Botschafter Pak Nam Jong, für die herzliche Einladung anläßlich Ihres großen Feiertages. Wir wünschen Ihnen, den Mitarbeitern der Botschaft, dem koreanischen Volk eine erfolgreiche Sozial- und Wirtschaftspolitik in einer glücklichen Zukunft.

KARL DIEDRICH

Ich breche an dieser heiklen Stelle ab. Erwähne aber seinen rosa Teint, die kleinen, quasi aus dem Wangenfett herausblinzeln- den Augen und mehrere Kinne unter dem eigentlichen. Mag nun jeder denken, was gemeint ist. Aber es stimmt. Olle Weidner betrieb seinen Fleischerladen in der Finower Kastanienstraße in unmittelbarer Nachbarschaft zweier Bäckereien. Engere geschäftliche Kontakte kann er zu denen allerdings nicht unterhalten haben, denn Weidners Bouletten waren immer, auch in der Zeit der »Kundenbücher«, nur mit jener geringen Menge an Weichsemmeleig zubereitet, die den Zusammenhalt der Fleischmenage garantierte. Wer damals in ein Konsum-Beefsteak biß, meinte, eine Schrippe zu schmecken, die mal neben einer Schüssel mit Hackfleisch gelegen haben könnte.

Das Sprichwort rät, nie bei einem dünnen Fleischer einzukaufen. So gesehen, war HERBERT WEIDNERS kugelförmige Körperlichkeit seine beste Empfehlung.

Er hatte Humor und spaßte besonders emsig mit älterer weiblicher Kundschaft, die er gern duzte, aber auch mit jüngeren Frauen. Den reiferen Damen legte er immer wieder nahe, beim Fleisch- und Würsterwerb an ihre Männer und deren Lendenkraft zu denken und zu fettarmen Stücken zu greifen. »Zu viel Fett macht faul im Bett«, gehörte zu seinen Standardsprüchen. Und wenn auch die Kundinnen stereotyp entgegneten: »Du mußt es ja wissen, Herbert...«, unterließ er diesen guten Rat nie. Heutzutage, da zwar Schweinskram allenthalben, gesendet, verkauft und inseriert wird, aber jeder freundliche Klaps auf einen Damenpo als versuchte Notzucht vor den Kadi kommt, jedem eine Abmahnung droht, der einer Kollegin ein Kompliment wegen eines straff sitzenden Pullovers macht und eine Kußhand als Handgreiflichkeit interpretiert wird, hätte Herbert Weidner längst Maulverbot. Auch seiner Ungehörigkeiten jüngerer Weiblichkeit gegenüber. Er war einfach unfähig, die Klappe zu halten, wenn ihm was Frivoles durch den Schädel ging. Trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen?) rannten ihm viele Frauen den Laden ein, den sie oft mit rotem Kopf und kichernd wieder verließen. Vielleicht hatte der Meister empfohlen, statt der gewünschten Rinderzunge, die mal wieder »aus« war, Schnitzel zu nehmen. »Außerdem ist die Zunge ja tot und kann sowieso nicht mehr lecken.« Dieses Kalibers waren die Scherze des Schlachtermeisters. Nie aber ist eines der Frauenzimmerchen zur Handwerkskammer gelaufen, um sich über verbale Belästigung zu beschweren.

Es wäre aber höchst ungerecht, das Finower Original auf diese Lust an kleinen Swingeleien zu reduzieren. Denn zuvörderst war er einer, der was vom Fach verstand und speziell die Kunst des Würzens beherrschte.

Mittwochs war Fahnenappell bei Weidners. Da holte Herbert eine Vierstufenleiter aus dem Schuppen, buckelte sie schnaufend zur Ladefront und erklimm, schnaufender als eben noch, die Stiege, um eine weiße Fahne mit der

## Weidners Witze und Würste

von Dr. Steffen Peltsch

**Er sah aus, wie ein Fleischer aussehen müßte, sollte er für eine freundliche Karikatur Modell sitzen. Oder wie ein Schlachtermeister aus einem Trickfilm, der einem Ferkel nachjagt und es dann doch nicht fertigbringt, ihm das Messer an die Kehle zu setzen. Und – das Gewerbe soll ja, heißt es, den Menschen prägen – er hatte in seiner Physiognomie tatsächlich gewisse Züge, die...**

roten Inschrift »Heute frische Wurst« zu befestigen. Seine Tiegelwurst war die beste weit und breit, mild gesalzen und sanft gepfeffert und weder zu trocken noch zu weich. Irgendwann begannen Kollegen, wahrscheinlich aus Mecklenburg zugewanderte, Zimt in alle ihre Blutwurstsorten zu tun. Auf diese krude Idee wäre Weidner nie gekommen. Zimt gehörte für ihn in die Backstube, nie und nimmer in die Wurst. »Die Bäcker bestreuen ihre Kuchen ja auch nicht mit Majoran...«

Den Geboten der damaligen Zeit folgend, war es geraten, an staatlichen Fest- und Feiertagen die Schaufenster anlaßgemäß zu dekorieren. Was mitunter seltsame Blüten trieb und von naiven oder sich naiv gebenden Dekorateurs ad absurdum geführt wurde.

Zum Beispiel im Miederwarengeschäft zu Eberswalde. Alle Jahre wieder, ob um den 1. Mai oder den 7. Oktober, stand ein farbiges Konterfei des mild blickenden Erich Honecker zwischen Büstenhaltern, Dederonslips und anderer Reizwäsche, was den Staatsratsvorsitzenden in die Nähe zum Fetischismus rückte. Gleich nebenan, im Fischladen, plazierten die schalkigen Verkäuferinnen ein Netz auf den Schaufensterfliesen, in das ein Ulbricht-Foto gelegt wurde – uns Walter als dicker Fisch zwischen den Maschen. Das aber war nichts gegen die satirische Meisterleistung, die in der Auslage der Metzgerei in der Kastanienstraße, weit weg vom großen Begängnis, zu begucken war, wenn Kampagnezeit angesagt war: »Wahlen«, Republikgeburtstag, Kampf- und Feiertag oder ein runder Jahrestag der Oktoberrevolution. Für den Alltag genügte Herbert W. eine ziemlich schlichte, in Teilen sogar fade Dekoration – die Standardvariante. Um eine jener alten und schönen Wurstplatten aus blau-weißem Porzellan waren zwei ordinäre Plastevasen gruppiert, in denen Kunstblumen steckten jener Sorte, die man an Schießbuden für Treffer am Scheibenrand bekam.

Seiner Untertanenpflicht, der Partei- und Staatsführung Referenz zu erweisen – blickfangmäßig – kam der schlitzohrige Privatschlachter durch einen Austausch der Schaufensterutensilien nach. Die kitschigen Vasen ersetzte er durch jeweils einen Schweinekopf, verschönt durch in die Schnauzen geschobene Petersilie, und an die Stelle der ovalen Zwiebelmusterplatte rückte der jeweils aktuelle Arbeiter- und Bauernführer – erst Ulbricht, dann Honecker. Eine Unerhörtheit sondergleichen, ein Sakrileg sondergleichen – ein Bubenstück. Rätselhaft bis heute, weshalb das über Jahre funktionieren und ungeahndet bleiben konnte.

Die nächstliegende Deutung: Hätte man den feindlich-negativen Laden geschlossen, hätten die Ehefrauen diverser Regionalkader ihre Männer auf Zimtwurst umstellen müssen. Einmal allerdings wurde es dem kecken Herbert doch mulmig. Ein Herr im Ledermantel (!) war dabei, die ganze Sache zu fotografieren. Es stellte sich aber schnell heraus, daß es sich keineswegs um einen Büttel der Stasi handelte, der eine besonders perfide Form der Herabwürdigung der Staatsführung dokumentieren wollte, sondern, ganz im Gegenteil, um den Klassenfeind persönlich. Der DDR-Korrespondent der ARD, ein gewisser Lutz Lehmann, hatte es handelte sich um eine der »Volkswahlen«, eine Dreherlaubnis für die Stadt Eberswalde-Finow erhalten, hatte seine Interviews mit einigen wortkargen Wählern und die unbenutzten Kabinen im Kasten und sich nach getaner Arbeit zu einem Privatspaziergang aufgemacht, der ihn – zufällig? – auch in die Kastanienstraße führte. Er hielt sein Versprechen, das er dem verängstigten Metzgermeister gab – die Fotos wurden nie veröffentlicht.

Zwischen mittags ein und nachmittags drei Uhr blieb der Laden zu. Herbert schnappte sich das antike Fahrrad seiner Frau, hob sich ächzend in den Sattel und trat gemächlich, ein Bein hoch, ein Bein runter, in die Pedalen, bis er den Fahrradständer vorm Sportlerheim erreicht hatte. Wer aus der älteren Finower Einwohnerschaft erinnert sich an dieses Bild? Ein Globus auf dem Veloziped, eine Kugel hinterm Lenker. Im Wirtshaus stand das Menü parat: Ein Magenbitter, ein Bier, ein Korn. Herbert hielt sich nie ewig auf, denn er hielt leidenschaftlich gern Mittagsschlaf. Prompt zur dritten Stunde stand er, weißbeschrzt, wieder hinterm Ladentisch. »Womit kann ich der Dame dienen?«

Die Zeiten, in denen zeitweise Ladenauslagen zu Altären der Personenverkulung wurden, sind vorbei, und sollte wer das ironische Modell Weidner nachnutzen, krümmte ihm niemand ein Haar. Sollte man meinen.

Ein Schlitzohr, ein piffiger Bruder Weidners im Geiste, hatte in aller Freiheit die kühne Idee, anspielend auf das Kinderschänderunwesen der benediktinischen Kirche, im Schaufenster seiner Buchhandlung das Foto des amtierenden Provinzbischofs mit einem Dutzend karnevalsüblicher Schweinemasken zu garnieren. Nach drei Tagen beendete eine »einstweilige Verfügung« den bitteren Spaß. Zögerlich nur nahm ein Gericht davon Abstand, ein Verfahren wegen Blasphemie zu eröffnen. Anno 2012 geschehen in einer Kleinstadt bei Köln.



# 200 Jahre Karl Marx

DIE LINKE zeigte den Film »Der junge Karl Marx«

Am Donnerstag, dem 31. Mai, hatte die Partei DIE LINKE.Barnim zu einem Filmabend in den Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio in der Eberswalder Puschkinstraße eingeladen. Zwar spielt das Marx'sche Erbe in der politischen Alltagspraxis der Partei kaum noch eine Rolle, aber viele Mitglieder verstehen sich noch immer als Marxisten und halten am Ziel eines »demokratischen Sozialismus« fest. Dementsprechend wurde auch in Eberswalde an den 200. Geburtstag des großen Denkers erinnert. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigte DIE LINKE den Film »Der junge Karl Marx«. Eine anschließende Diskussion, wie bei der Filmvorführung des Philosophiekreises beim Hebewerk e.V. im März des Jahres, war nicht vorgesehen.

Mit freundlicher Genehmigung von MAXE, dem Kiezmagazin im Brandenburgischen Viertel ([www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)), veröffentlicht die dort bereits am 2. Mai 2017 erschienene Filmkritik von JÜRGEN GRAMZOW:

Weite Teile der deutschen Bevölkerung sind verelendet. Selbst das Sammeln von abgefallenen Ästen, totem Holz, wird als Eigentumsdelikt schwer bestraft. Der Film zeigt brutale Verfolgungsszenen im deutschen Wald.

Der junge Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, KARL MARX, schreibt, die Menschen können ja in der Bestrafung keine Gerechtigkeit erkennen, da das tote Holz ja vom Eigentum, den Bäumen, abgefallen ist, also kein Eigentum mehr darstellt. Und folglich sich einer ungerechtfertigten Strafe gegenübersehen (gegen die sie sich erheben werden).

Die preußisch-königliche Polizei umstellt das Redaktionsgebäude; drinnen diskutiert der Verfasser des Artikels leidenschaftlich mit den Kollegen, die ihm vorwerfen, die Arbeit zu gefährden; doch Marx hat genug von Andeutungen und Beschwichtigungen der Zeitung, entriegelt schließlich die Tür und läßt sich verhaften.

Währenddessen muß der Industriellensohn FRIEDRICH ENGELS in Manchester mitansehen, wie sein Vater, der Fabrikant, die für einen Hungerlohn arbeitenden Spinnerinnen behandelt. Eine aufmüpfige irische Arbeiterin wird auf der Stelle gefeuert, doch da ist es schon um Friedrich geschehen. Er findet MARY BURNS in einer irischen Spelunke, und auch ein kräftiger Fausthieb eines erbotenen Arbeiters kann ihn nicht von der Verwundung des Herzens befreien. Schon gar nicht, nachdem er beim Aufwachen das besorgte Gesicht von Mary über sich sieht.

Marx und seine Frau JENNY sind im Exil in Paris. Der Verleger RUGE gewährt ihnen ein Obdach. Hier tritt eines Tages der junge Engels ein, doch Marx ist kaum erfreut ihn zu sehen; ihn, den Bourgeois, der sich anmaßt, von Kommunismus zu schreiben. Doch Engels teilt ihm seine Bewunderung der Kritik der Hegelschen Philosophie mit, des »Werks eines Genies«, und auch Marx kommt nicht umhin, Engels seinen Respekt zur »Lage der arbeitenden Klasse in England« zu zollen. Der Gastgeber tritt in den leeren Raum, und eben noch Kontrahenten, findet man die beiden Philosophen auf der Straße in reger Diskussion.

In einem Wirtshaus spielen sie Schach, unterhalten sich und trinken, bis sie kaum noch

nach Hause finden. Engels empfiehlt Marx das Studium der englischen Ökonomen wie SMITH und RICARDO, denn dieser Baustein fehle ihm noch. Da sich Marx in Frankreich auch politisch betätigt, unter anderem mit PROUDHON und BAKUNIN verkehrt, die für die Abschaffung des Eigentums eintreten, des angeblichen Grundübels der Ausbeutung, und auch mit Kritik am preußischen Staat nicht hinter dem Berg hält, wird er schließlich von heute auf morgen ausgewiesen; er kommt mit der Familie in Brüssel unter, muß sich jedoch jeglicher politischer Betätigung enthalten. Doch Jennys geliebtes LENCHEN, die Haushälterin, ist wieder bei der Familie.

Über Engels' Kontakte in England findet Marx und sein Mitstreiter Anschluß an den Bund der Gerechten, obwohl sie WEITLING, einen begnadeten Redner, dem Marx Substanzlosigkeit vorwarf, in einem Arbeitstreffen schwer beschädigten. Auch Engels sieht sich Vorwürfen seines Vaters ausgesetzt, mit einfachen Arbeitern und sogar diesem Marx gemeinsame Sache zu machen. Doch er läßt sich nicht beirren. Türen knallen.

Jenny bekommt eine weitere Tochter (wie es dazu kam, sah man eine Viertelstunde vorher) und nach schwerem Geburtskampf, den Lenchen und ein Arzt betreuten, darf Karl das neugeborene Geschöpf in den Arm nehmen und es LAURA nennen. Jenny stimmt zu, nachdem auch Lenchen nichts dagegen hat. Marx und Engels erhalten von Proudhon sein neuestes Werk »Philosophie des Elends«, aber keine Zusage für eine Tätigkeit als Korrespondenten für den Bund der Gerechten. Bei diesem steht ein Kongreß an, zu dem Delegierte aus ganz Europa anreisen. Doch Marx und Engels haben keine Akkreditierung als Redner! Sie haben aber ein Faustpfand, nämlich Marx' Antwort auf Proudhon, »Das Elend der Philosophie«.

Engels erreicht in einer eigenen Abstimmung das Rederecht, und in dem folgenden Auftritt vor den Delegierten beschwört er den gewaltsamen Kampf der unterdrückten Arbeiterklasse, worauf Bakunin unter Protest den Saal verläßt. Engels legt dar, nur der Unternehmer habe die wirkliche Freiheit; die Lohnarbeiter hätten nicht die Freiheit, auf den Verkauf



Marx mit seinen drei Töchtern im Londoner Exil, mit dabei: Friedrich Engels.

ihrer Arbeitskraft zu verzichten. »Es ist ein Spiel mit gezinkten Karten!« Es gäbe keine Gleichheit der Menschen, und der Bourgeois sei in Wirklichkeit ein Feind. In einer Kampfabstimmung erreicht Engels die Umbenennung in »Bund der Kommunisten«, und hinter ihm bringen, schon darauf vorbereitet, Jenny und Mary das neue Banner an: *Proletarier aller Länder vereint euch!* – während die Anhänger von Proudhon unter Protest entwinden.

Zurück am Meer, in Oostende, sieht man Friedrich und Karl, die Kinder, und die beiden Frauen am Strand. Mary meint, sie wolle keine Kinder von ihrem Fred, er sei nicht der Mann dafür. Außerdem wolle sie keine Bourgeois-Ehefrau werden, sondern arm bleiben und weiterkämpfen. Ihre Schwester würde schon, meint sie augenzwinkernd. Währenddessen diskutieren Engels und Marx den Auftrag des neuen Bundes, ein Programm zu entwerfen. Die Arbeit ist dringend, doch Marx ist müde. Er will nur noch ein Buch schreiben und nichts weiter. Doch Engels überredet ihn zur gemeinsamen nächtelangen Arbeit, eines Manifestes, das mit den Worten beginnen wird: »Es geht ein Gespenst um in Europa, das Gespenst des Kommunismus ...«

Ein gelungener Film, glaubwürdig und mit exzellenter Ausstattung, sehr gute Schauspieler und auch der philosophische Hintergrund kam nicht zu kurz. Die DEFA hätte es nicht besser machen können!

## TaschenBuchModenschau

Am 18. Juli laden die Buchhandlung Schatzinsel und Lederwaren Radtke zur gemeinsamen TaschenBuchModenschau in den Garten hinter das Haus in der Alten Goethestraße 2 in Bernau ein. Schöne Bücher und feine Handtaschen für jede Gelegenheit, sowie HandTaschenBücher werden präsentiert. Beginn ist 19.30 Uhr. Der Eintritt kostet 7 €. ([www.schatzinsel-bernaue.de](http://www.schatzinsel-bernaue.de))

THOMAS TOBLER

## Beachhandball

Offene Landesmeisterschaft in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Vom 6. bis 8. Juli findet in Eberswalde die Offene Landesmeisterschaft Brandenburg im Beachhandball der Frauen und Männer statt. Der ZONENBOYS EBERSWALDE E.V. fungiert zum dritten Mal in Folge als Einlader und Veranstalter. Im Vorfeld gab es positive Gespräche zwischen Wolfgang Hartisch vom Handballverband Brandenburg (HVB) und Mirko Wolfram von den Zonenboys. Nach der erfolgreichen Aufnahme der Zonenboys in den HBV findet die diesjährige Landesmeisterschaft unter dessen Dach statt. Ort des Geschehens ist die Sportstätte des Ostender SV Eberswalde e.V. in der Bernauer Heerstraße 59.

Zum Auftakt bieten am Freitag, dem 6. Juli, ab 16 Uhr Beachhandball-Referenten einen Schiedsrichterlehrgang an. Der Turnierbetrieb beginnt dann am Sonnabend, dem 7. Juli, um 10 Uhr. Die Startgebühr beträgt 30 € pro Team. Die Übernachtung kostet 2,50 € pro Person, zzgl. 2,50 € je Zelt. Darin eingeschlossen ist der freie Eintritt zur Welcome-Party am Freitag sowie zur Playersparty am Sonnabend.

Da die Teilnahme jeweils auf 8 Frauen- und 8 Männer-Teams begrenzt ist, sollten sich Interessenten mit der Anmeldung beeilen, rät Zonenboys-Präsident Philipp Meichßner.

Anmeldung unter: [www.zonenboys.org](http://www.zonenboys.org), Tel.: 0172/3811257, eMail: [zonenboys@freenet.de](mailto:zonenboys@freenet.de), Facebook: [ww.facebook.com/zonenboys.eberswalde](http://ww.facebook.com/zonenboys.eberswalde).

## Zuckerfest in Wandlitz

Wir freuen uns, Sie zu einer besonderen interkulturellen Veranstaltung einladen zu dürfen. Die islamische Welt begeht aktuell ihren Fastenmonat Ramadan. Traditionell feiern die Menschen das Ende dessen im Kreise der Familie und Freunde. Wir möchten Sie daher zum Fest Idu l-Fitr (Zuckerfest) einladen und würden Sie gern **am Sonntag, den 17. Juni, um 15 Uhr im Hof des Übergangwohnheims, Wandlitzer Ch. 53, 16321 Bernau** willkommen heißen. Wir freuen uns auf ein würdevolles und bereicherndes Miteinander. Wir halten es für wichtig, gerade in der jetzigen Zeit ein Zeichen des friedlichen Miteinanders zu setzen. Muslimische Gelehrte und Imame werden zum religiösen und kulturellen Hintergrund des Festes berichten. Es werden arabische und türkische Speisen gereicht und Spielmöglichkeiten für Kinder angeboten. Über Ihre Teilnahme würden wir uns freuen.

*PÉTER VIDA, Vorsitzender Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim*  
*LARS LIEPE, Flüchtlingshilfe Barnim*  
*EBRAHIM TAGHAVI, Projektmitarbeiter FAZIT*

## Gedankenaustausch

**Eberswalde (dl).** Am 6. Juni findet in der Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei (Heegermühler Str. 15) ein Treffen mit Delegierten zum Bundesparteitag statt. Ab 18.30 Uhr stehen der Kreisvorsitzende Thomas Sohn und Barnimer Delegierte zum Gedankenaustausch zur Verfügung.

## »Asyl ist Menschenrecht«

Die Ausstellung »Asyl ist Menschenrecht« ist noch bis zum 17. Juni täglich von 10 bis 15 Uhr in der St. Marienkirche in Angermünde zu sehen. Nutzen Sie die Möglichkeit, um an diesem besonderen Ort 20 beeindruckende DIN A1 Plakate auf sich wirken zu lassen. Es erwarten Sie sehr zum Nachdenken anregende große Fotos, Zitate, Texte mit Hintergrundinformationen und vieles mehr. »Asyl ist Menschenrecht« ist eine vielseitige und sehr gut gestaltete Informationsausstellung zum Thema Flucht und Asyl. Diese Ausstellung von Pro Asyl wird in Zusammenarbeit zwischen dem Angermünder Bürgerbündnis für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt und der Evangelischen Kirchengemeinde St. Marien gezeigt.

WOLFGANG RALL



## Rentensprechstunde

**»Brandenburgische Rentnerinitiative«**  
Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, 13. Juni, 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 30. Mai 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 18. Juli 2018.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)